



Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs- Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kz 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Abstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourkarten.

Ersetzt mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

2. Jahrgang.

Freitag, 1. Dezember 1922.

Nr. 282.

Auseinander.

„So ziehn mit Knurren und Gefäch,
Der eine links, der andre rechts.“

Am Mittwoch wurde eine Lüge zu Grabe getragen: der Deutsche parlamentarische Verband hat zu bestehen aufgehört! Der Wille des Herrn Dr. Lodgman hat das Gebilde, das die politische und nationale Einheit des deutschen Bürgertums bedeuten sollte, in Trümmer geschlagen. Schon lange war die Kampfgenossenschaft nach einem Erfolg küstern, der ihrer Politik in vollem Maße versagt war. Mit der Zerfallung der deutschbürgerlichen Einheitsfront hat sie den ersten Erfolg errungen.

In der an dem genannten Tage abgehaltenen Sitzung des Verbandes, die seine letzte werden sollte, stellte Dr. Lodgman den Antrag, den Verband aufzulösen. Wenn ein Einvernehmen zwischen den deutschbürgerlichen Parteien nötig sein sollte, so könnte dies durch fallweise Konferenzen der fünf Parteien herbeigeführt werden. Der Klubobmann der Deutschgelben schloß sich diesem Antrage an, doch erklärte er die Schaffung einer Klubobmannkonferenz anstelle des Verbandes für vollkommen überflüssig. Die Obmänner der Klubs der deutschen Agrarier, der Christlichsozialen und der Sozialdemokraten, verlegten sich aufs Zureden, indem sie den Mitgliedern der Kampfgenossenschaft die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Verbandes und die Unstichhaltigkeit der Gründe für seine Auflösung begreiflich zu machen suchten. Da eine Einigung auf die einverständliche Auflösung des Verbandes nicht zu erzielen war, machte Dr. Lodgman kurzen Prozeß und erklärte den Austritt seiner Partei, dem sich auch die Deutschgelben angeschlossen. Damit hat der Deutsche parlamentarische Verband sein Dasein beschloßen.

Für die Verworrenheit und Ziellosigkeit der deutschbürgerlichen Politik ist diese neueste Phase ihrer Entwicklung kennzeichnend. Es ist nicht lange her, daß das Lied von der deutschen Einheit und Einigkeit die Herzen der Teilnehmer aller hiesigen Stammtischrunden begeisterte. Nur die Einigkeit und Geschlossenheit könne, so hieß es, das deutsche Volk aus schwerer Not erretten und die bösen deutschen Sozialdemokraten wurden von allen die Belange hochhaltenden Treudeutschen der Verständigungslosigkeit für diese Einheit angeklagt, weil sie den Sirenenlockungen auf Eintritt in diese deutsche Einheitsfront zu folgen sich weigerten. Unsere Partei hatte als Antwort darauf die Aufforderung: macht uns diese Einigkeit erst vor, ehe ihr andere dazu auffordert! Ganz abgesehen davon, daß unsere Partei eine ganze Welt von den deutschbürgerlichen Einheitsfrontlern schieb, boten diese auch schon damals alles eher als das Bild der Geschlossenheit, denn es einte sie weder die Uebereinstimmung über die Wahl der Mittel, noch ein gemeinsames Ziel. Von einem einheitlichen Programm war keine Spur, erst in letzter Zeit gelang es, mühsam einige „Richtlinien“ festzusetzen, die aber ein Flicken Papier blieben. Nur der Name des Deutschen parlamentarischen Verbandes war der dürftige Kitt, der die deutschbürgerlichen Parteien notdürftig zusammenhielt. Dennoch war die deutsche Einheitsfront das Banner, hinter dem die unterschiedlichen Kämpen einherzogen, vor allem in der Hoffnung, daß die Parole, der die deutschen Sozialdemokraten nicht folgen wollten, diese bei den Wählern in Mißkredit bringen werde. Welche Wandlung leitete durch Lodgmans Fügung! Das Schlagwort von der deutschen Einheitsfront wurde ins alte Eisen geworfen und das neue lautet: In der Uneinigkeit liegt die Macht!

So werden denn die Lodgman, Baeran, Jung und Knirsch ihre eigenen Wege gehen. Da ihnen das „Mitreisen“ der anderen deutschbürgerlichen Parteien nicht gelang, fühlten sie sich in ihrer Aktionsfreiheit durch den Verband gehemmt. Nach dem Rezept: „Es muß was geschehen“, zerstückelten sie, da sie trotz ihrer neuentdeckten „Kampfmittel“ nichts zu tun vermochten, wenigstens den Verband. Ziel war ja nicht mehr zu zerstückeln, besonders seit der Zeit nicht, da die Bildung der Kampfgenossenschaft

Der internationale Bergarbeiterverband zu den Reparationen.

Paris, 20. November. Die Delegierten der Reparationskommission haben heute in persönlicher Eigenschaft einen Ausschuß des Internationalen Bergarbeiterverbandes, bestehend aus Deutschen, Engländern und Belgiern, empfangen. Die Delegation erklärte, daß die Vertreter der französischen Bergarbeiter infolge anderweitiger wichtiger Verhandlungen an der Besprechung nicht teilnehmen können. Die Vertreter der amerikanischen Bergarbeiter wa-

ren wegen der großen Entfernung nicht anwesend. Die Delegation gab ein Bild der Ansicht des Internationalen Bergarbeiterverbandes in Bezug auf die Rückwirkung der Reparationslohnlieferungen auf die Lebenshaltung der Bergarbeiter in Europa. Sie ersuchte sodann die Reparationskommission, eine Konsultierung der Berg- und Grubeninteressenten, sowie der Bergarbeiter in Erwägung zu ziehen, welche sich über die Leistungsfähigkeit Deutschlands an Reparationslohn zu unterrichten hätte.

Die Entscheidung über die Reparationen.

Nach der Londoner Ministerpräsidentenkonferenz.

Berlin, 30. November. (Eigenbericht). Aus gut unterrichteten französischen Kreisen wird dem Sozialdemokratischen Parlamentarismus mitgeteilt, daß die Reparationskommission nach der Londoner Konferenz der Ministerpräsidenten eine Entscheidung fällen wird. Diese wird der Reichsregierung in einer Note bekanntgegeben werden. Nach anderen Meldungen hat sich die Kom-

mission neuerlich mit dem deutschen Ansuchen um Verabreichung der Kohlenlieferungen beschäftigt und beschlossen, die Verabreichung nicht zu bewilligen, sondern neue Vorschläge zu machen. Man ist bereit, solchen Unternehmungen, die Reparationsgüter erzeugen, ein gewisses Quantum von der Reparationskoste zu überlassen.

In Berlin wächst die Teuerung ins Grenzenlose

Berlin, 30. November. (Eigenbericht). Die Teuerung wächst ins Grenzenlose; der Straßenbahnarif beträgt 50 Mark, der der Stadtbahn 20, Brot auf Marken kostet nunmehr 260 Mark, die Kohlenpreise erhöhen sich um 50 Prozent, die Gütertarife um 150 Prozent, die Personentarife um 100 Prozent. Die Postgebühren werden ab 15. Dezember um das Doppelte erhöht werden. Trotzdem weisen die öffentlichen Unternehmungen erhebliche Fehlbeträge auf.

Deutsche Anleihen in New-York.

Berlin, 30. November. (Eigenbericht). Nachrichten aus New York versichern, daß deutsche Kongress bei hiesigen Banken Kredite aufgenommen haben. Die Abkommen seien unter der Bedingung geschlossen worden, daß die deutschen Fir-

men dafür Baumwolle in Amerika kaufen, die solange Besitz der Banken bleibt, bis die Fertigen verkauft sind. Auch Ernährungskredite sollen demnächst abgeschlossen werden.

Osteuropäische Abrüstungskonferenz in Mostau

Berlin, 30. November. (Eigenbericht). Der Moskauer Korrespondent des „Berl. Tagebl.“ erzählt, daß die Abrüstungskonferenz Rußlands mit den Randstaaten demnächst in Mostau eröffnet werden soll. Rußland wird durch Ropp und Litwinow vertreten sein. Es wird sich lediglich um die Landabrüstung handeln. Die Russen geben ihre Heeresstärke mit 800.000 Mann an. In der

ersten Sitzung wird von russischer Seite ein Abrüstungsplan vorgelegt werden. Die Haltung der Randstaaten ist noch ungewiß. Der neue finnische Außenminister sprach sich gegen die Abrüstung aus. Rußland gibt sich keinen Illusionen über die Bereitwilligkeit der Randstaaten hin und rechnet mit starkem französischem Gegenstand.

den Verband in zwei Teile gespalten hatte. Je mehr sich Lodgman, und mit ihm die auf den Sieg der Reaktion in Deutschland und vor allem in Bayern rechnenden Deutschgelben zu Nationalkonservativen entwickelten, und in der Anbetung der Phrase völlig verloren, tat sich der Riß zwischen ihnen und den anderen deutschbürgerlichen Parteien immer weiter auf. Bei einer Politik, die vom blutigsten Dilettantismus diktiert ist und die sich auf die kindliche Hoffnung stützt, der „Hochverrat“ der Lodgman und Jung werde dem tschechoslowakischen Staate eines Tages über Nacht den Garaus machen, konnten die Parteien, welche die wirtschaftlichen Interessen ihrer Wählerkreise zu vertreten gezwungen sind, nicht mitmachen. Den letzten Anstoß zur Loslösung voneinander scheinen den Verbandsbrüdern die Vorgänge an der Prager deutschen Universität gegeben zu haben. In der neugefüllten Waffenkammer der Lodgmanleute brilliert als neues Kampfmittel auch die schärfere Betonung des Antisemitismus. Das Mittel ist freilich im Kampfe weniger gegen die tschechischen Machthaber zu gebrauchen, als vielmehr dazu, in den Reihen der Deutschbürgerlichen spaltend zu wirken, aber das kümmerl die deutschnationalen Extremisten wenig, hoffen sie doch, durch Aufpeitschung des Hasses gegen den anderen Parteien Anhänger abzujagen und — was die Hauptsache ist — sich dadurch in die Uniformität der

internationalen hakenkreuzlerischen Reaktion einzufügen. Die Schürung des Judentums ist für diese Reaktion die Parole des Tages, wobei ihr Auffassungsvermögen allerdings ein solches ist, daß es Karl Kraus treffend dahin charakterisierte, es sei den Gläubigen dieser Richtung zuzutrauen, sie würden, „wenn man ihnen die Uhr der Zeit vorhielte, nach ihr greifen und sie in den Mund nehmen.“ So werden sie schon noch die Erfahrung machen, daß sie sich über die Jugtrügigkeit dieses Agitationsmittels arg täuschen, aber im Augenblick hat es doch das eine Vermocht: die letzten Zwirnstränge, welche den Deutschen parlamentarischen Verband noch verknüpften, zu zerreißen.

Ob die Auflösung des Verbandes irgendwelche praktische Folgen haben wird, läßt sich nicht voraussagen. Es wird keinesfalls an Versuchen fehlen, den Verband, sei es auch in loserer Form, wieder zusammenzuleimen. Für die Arbeiterschaft ist es von keiner Bedeutung, ob ihre Feinde ihr im Zeichen der nebelhaften „deutschen Einheit“, oder in Gruppen getrennt, gegenüberstehen, sie bleiben in keinem Falle geringer zu wertende Klassengegner des Proletariats. Immerhin hat die vollzogene Scheidung der deutschbürgerlichen Parteien die stikfuge Atmosphäre gereinigt und einer Lüge das Ende bereitet, die der notwendigen politischen Entwicklung hemmend im Wege stand.

Gegen die Arbeitslosigkeit!

Beratung im Klub der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Partei, in Anwesenheit zweier Minister. — Beschwerden sozialdemokratischer Abgeordneter und Senatoren. — 200.000 Arbeitslose, 300.000 Kurzarbeiter.

Donnerstag vormittags fand im Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten in Prag, Rudolfsinum in Anwesenheit der Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei sowie der Vertreter der Gewerkschaften eine Beratung statt, die sich mit den gegen die immer mehr um sich greifende Wirtschaftskrise, in deren Gefolge sich die Arbeitslosigkeit befindet, zu ergreifenden Maßnahmen befaßte. Der Beratung wohnten auch der Minister für soziale Fürsorge Fabman und der Minister für öffentliche Arbeiten Erba bei.

Abgeordneter Genosse Roscher legte in eingehender Weise die Beschwerden der Gewerkschaftsorganisationen hinsichtlich der Arbeitslosenfürsorge dar. Er beklagte sich darüber, daß sich die Beschwerden hinsichtlich der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung häufen. So wird trotz des bekannten Erlasses des Ministeriums für soziale Fürsorge jugendlichen Arbeitern sowie über 60 Jahre alten Arbeitern, unter der Vorbehaltung von allerlei Gründen die Auszahlung der Unterstützung verweigert. In vielen Bezirken sind sich die politischen Bezirksverwaltungen über die Auslegung des Gesetzes im unklaren. Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter erhalten überhaupt keine Unterstützung, Saisonarbeitern wird nur für sechs Wochen Unterstützung gewährt, das Verfahren in der Gewährung der Unterstützung ist überhaupt ein sehr langwieriges, es dauert oft zwei bis drei Monate bevor ein Arbeitsloser Unterstützung erhält. Redner fordert eine Beschleunigung der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützungen sowie die Errichtung von Berufskommissionen. Er beschwert sich darüber, daß er bei seinen Interventionen im Ministerium für soziale Fürsorge oft nicht das genügende Entgegenkommen gefunden hat. Redner erklärt, daß es wahrscheinlich sei, daß die Industrie auch nach der Krise nicht mehr alle vorher Beschäftigten wieder in die Betriebe einstellen können, und wirft die Frage auf, was mit denen geschehen soll, die nicht mehr angestellt werden können. Es müßte ihnen unter anderem auch die Möglichkeit der Auswanderung geboten werden. Redner fordert ferner die Errichtung von Arbeitsvermittlungskämtern, damit die Verhältnisse am Arbeitsmarkt geregelt werden können.

Abg. Genosse Schuster befaßt sich mit der produktiven Arbeitslosenunterstützung und betont, daß der Staatsbeitrag von neun Kronen sich als zu klein erweist. Man muß fallweise um Erhöhung dieser Beiträge beim Ministerium vorstellig werden. Jede Steigerung muß erstritten werden.

Senator Genosse Löw bemängelt, daß eine ganze Anzahl von Bezirken überhaupt keine staatlichen Zuschüsse für Notstandsarbeiten erhalten und oft nicht an diese Notstandsarbeiten schreiten, weil bei ihnen eine gewisse Beängstigung vorhanden ist. Im Jahre 1921, als Wassermangel herrschte, wurden von den Gemeinden Quellensanierungsarbeiten vorgenommen, zu denen sie staatliche Zuschüsse versprochen erhielten. Der Staat hat auch diese Zuschüsse anfänglich ausbezahlt, dann aber plötzlich eingestellt. Die Gemeinden haben auch kein Geld, die Notstandsarbeiten sofort zu beginnen, da die Steuerbehörden mit der Ueberweisung der Umlagen im Rückstande sind. Viele Steuerämter haben noch nicht einmal die Steuerberechnungen für 1919 vorgenommen, sodas auch die Gemeinden die Umlagen nicht erhalten konnten. Dies hat seinen Grund darin, daß bei den Steuerämtern nicht genügend Kräfte vorhanden sind, um die notwendigen Arbeiten zu leisten.

Abg. Genosse Schäfer erklärt, daß es notwendig ist, die Arbeitslosen des betreffenden Bezirkes in dem die notwendigen Arbeiten verrichtet werden, heranzuziehen. Bei Vergebung der Arbeit müssen die Unternehmer verpflichtet werden, Arbeitslose des Bezirkes, in dem die Notstandsarbeiten durchgeführt werden, zu beschäftigen. Genosse Schäfer erörtert die wichtigsten Forderungen der Arbeiterschaft der nächsten Zeit. Wir fordern, daß die Regierungsvorlage betreffend die Arbeitsinspektion endlich dem Hause vorgelegt werden. Wir fordern die Annahme des Arbeitsvermittlungsgesetzes. Wir fordern Notgesetze für die Zeit der Wirtschaftskrise. Die bisherigen Verordnungen betreffend die Entlassung der Angestellten reichen nicht aus. Wir fordern Schutz bei Massenentlassungen der Arbeiterschaft, wir fordern Schutz der Handelsangestellten. Redner verweist im sozialpolitischen Programm der Regierung neue Arbeiterschutzgesetze, die dem Hause

unterbreiteten Vorlagen dienen mir der Ausdehnung der bisher bestehenden Gesetze.

Abg. Genosse Hausmann führt unter anderem aus, daß sich die politischen Bezirksverwaltungen auf den Standpunkt stellen, wer mit seinem Besitz lange, der bekommt überhaupt keine Unterstützung.

Minister Sabran beantwortete alle ihm vorgelegten Fragen und erklärte, daß er bemüht sei, für die Arbeitslosen möglichst viel zu erwirken.

Moskau und die tschechische Opposition.

Das Strafgericht gegen Sturc, Bajtauer und Genossen.

Der eben in Moskau tagende Weltkongreß der kommunistischen Internationale hat sich ausführlich mit dem Sündenfall des greisen tschechischen Kommunistenführers Sturc und anderer, namentlich im Kreis Procházka konzentrierter Genossen beschäftigt, die dem Opportunismus Smerals eine „unentwegt kommunistische Taktik“ entgegengesetzt wissen wollten.

Sinowjew erklärte an, daß die Einheitsfront von der tschechoslowakischen Partei musterhaft angewandert wurde. Trochdem habe es die Moskauer Exekutive „für ihre Pflicht gehalten, den Ausschließungsbeschluss sofort zu annullieren, was nicht folgen will, daß der Opposition recht gegeben werden soll.

des Gesetzes größtmögliche Liberalität wahren zu lassen und gibt die Zahl der Arbeitslosen mit 200.000 und die der Kurzarbeiter mit 200.000 an.

Minister Srba erklärte, daß das gesamte Investitionsprogramm einen Aufwand von 3000 Millionen Kronen erfordere. Er führt an, daß die Errichtung von Gebäuden für Zoll- und Finanzämter, für Staatsbeamte geplant ist.

Moskau und die tschechische Opposition.

Das Strafgericht gegen Sturc, Bajtauer und Genossen.

Zentralkomitee einen Aufruf erließ, habe sie einen Schritt unternommen, „der vom Standpunkt der kommunistischen Parteidisziplin nicht gutzuheißen ist.“

Bajtauer in seiner Antwort machte sich zuerst über die von Sinowjew gerühmte Mustergültigkeit der Einheitsfront in der tschechoslowakischen Partei lustig.

komunistischen Metallarbeiter in Kladsno, von ihren kommunistischen opportunistischen Führern hingerissen, Streikbrecherarbeit machten.

Die Erwiderung Neuraths auf Bajtauers heftigen Angriff klang recht mäßig und sehr gezwungen. Sie unterschied streng zwischen dem Opportunismus Smerals bis zum Vereinigungskongreß und seiner prinzipiellsten Blütenreinheit nach diesem Kongresse.

Nadel versuchte es mit der Verhöhnung der Opposition, namentlich ihres Sprechers Bajtauer. Er wirft ihm Mangel an Bescheidenheit, mangelnde Vertraulichkeit mit dem Wesen des Proletariats und mangelndes Verantwortungsgefühl für die Geschicke einer proletarischen Partei vor.

Andere trostlose Stimmen: „Wenn es Schicht ist, dann bin ich eigentlich nicht mehr müde, dann bin total.“

ristisch auffassen, so müßte man mit ihm so sprechen, daß er ein zweites Mal nicht wagt, in dieser Weise vor einem Kongreß von 52 kommunistischen Parteien zu sprechen.

Der Theoretiker und Schriftsteller der Moskauer, Bucharin, bezog sich ganz hoch vom Kasseher hinab, daß die Vorschläge Bajtauers „vor allem gar, aber gar nichts mit dem Kommunismus gemein sam“ hätten.

Nachdem man sich derart gründlich den Kopf gewaschen und in anmutigem Wechsel mit Stinobomben betworfen hat, ist zu hoffen, daß Bajtauer, Neurath und Smeral Arm in Arm, ein Herz und eine Seele, aus Moskau fortz pilgern werden.

Die Teilung Kleinasiens aufgehoben.

Paris, 30. November (Gavas). Nachrichten aus Lausanne bestätigen die Absicht der britischen Regierung, das Abkommen der drei Staaten aus dem Jahre 1920 über die Teilung Kleinasiens in Zonen unter französischem, italienischem und britischem Einfluß als ungültig anzusehen.

Die Berliner Mühlen arbeiten wieder.

Berlin, 30. November. Die Verhandlungen mit den streikenden ausgeperrten Mühlenarbeitern haben heute zu einem befriedigenden Abschluß geführt, so daß die Berliner Mühlen wieder arbeiten.

Arbeiterjahre.

Von Albert Ehrenstein.

Segel- und Flugwachen, Alvenschulen, Olympische Spiele — kurz die tausenderlei nichtigimpolanten Vorwände, unter denen sich die pöhlungsunfähige Oberschicht in ihrem Welthotel ewig „Majorität“ sagt, erfordern eine kleine kalte Dusche.

Rundfragen gehören im allgemeinen zu den gefährlichsten Injektionskrankheiten dieses Jahres. Gottseibei ist kein laimer Kathederjournalist über die Arbeiter hergefallen.

hineinschweigen in mein Herz, und doch tief in der Brust kauft die todnude Seele. Täglich heruntergerissen in die geologischen Tiefen des verfluchten Urwaldes fühle ich die gemarkte Stirn an dem Gefels des Jura.

Wie sehr bei derartigen Klagen gesellschaftliche „Impponderabilien“ mitspielen, beweist die häufige Wiederkehr von Neuperlungen, die auf entgegenkommendes Benehmen der Unternehmer Wert legen.

im Bergwerk arbeitet seit 10 Jahren mit einem Pferde „Viktor“ zusammen. Er schreibt: „Wenn ich die Augen geschlossen, halbwegs einschlafe, glaube ich immer nachts, ich sei wieder in der Grube, und viele Male rufe ich dann, wie meine Frau versichert, ‚Hoi, Viktor. Jö!‘“

Nach die Frage nach dem Eintritt der Ermüdung brachte traurige Ergebnisse. Einer antwortet: „Nach vier Stunden, und da wird Brot gegessen. Der Kopf tut einem schon weh von der Hitze, Wasser, und Stingsigen Luft. Die Schnitteln sind verdreht. Man möchte Essen, aber es schmeckt nicht.“

Denken unmöglich, da auf das Gebirge achten muß, um mein Leben zu schützen. Ich denke an die verfluchte Quälerei hier unten und dann noch das Versprechen zu haben, nach dem Tode in die Hölle zu kommen.“

untun und dann noch das Versprechen zu haben, nach dem Tode in die Hölle zu kommen.“

Viele Kohlenhauer können nicht über die sozialen „Unterschiede“ hinwegkommen, sie grübeln: „Ich denke immer an das schwere Loß, welches wir Arbeiter haben bei unserer Arbeit, weil wir alles hervorbringen und müssen dabei doch noch Hunger leiden, und die, die das ganze Jahr nicht arbeiten das herrlichste leben haben und uns noch obendrein als Faulenfer hinstellen.“

Wenn ich mich und andere Kumpels betrachte, wie denen der Schweiß am Leibe herunterläuft, denn sie haben ja keine Hemden an, so denke ich an die göttliche Weltordnung.“

Inland.

Die vorgestrige Abstimmung im Parlament.
Das einzige Blatt, welches zu den vorgestrigen Sessungen im Parlament, da die Regierungsmajorität alle sachlichen Anträge der deutschen sozialdemokratischen Opposition ohne Rücksicht auf deren Inhalt brutal niederstimmte, einen kritischen Standpunkt einnimmt und die Majorität zur Umkehr mahnt, ist der realistische „Cas“. Er stellt über die Budgetabstimmung folgende Erwägungen an: „Deute erschien der Mehrheit ihr Verhältnis zur Opposition in einem völlig neuen Lichte und es wurde auch gleich gelöst. Ob es eine gute Lösung war, das bezweifeln selbst die Mitglieder der Koalition. Es geschah nämlich folgendes. Die deutschen Sozialdemokraten überreichten eine Reihe von Änderungsanträgen und Resolutionen. Unter den 133 Anträgen, welche zum Budget eingebracht wurden, zeichneten sie sich durch hohen Ernst aus. Unter anderen Verhältnissen hätte die beste Hoffnung bestanden, daß die Mehrheit auf sie Rücksicht nehme und wenigstens einige von ihnen annehme. So rechneten auch viele Politiker der Mehrheit und sie waren geradezu konsterniert, als unter den Parteien der Mehrheit anders entschieden wurde. Die Abgeordneten der Mehrheit wurden durch die Entscheidung ihrer Führer selbst überrascht. Wenn beim Antritt des neuen Kabinetts die erste Frage vorgelegt wurde, wie das Verhältnis der Mehrheit zur Opposition zu gestalten sei, und wenn der Mehrheit geradezu die Aufgabe gestellt wurde, die Opposition zu erzieren, so wurde diese Frage durch die Tat sehr unangebracht beantwortet und die Aufgabe nicht nur nicht erfüllt, sondern geradezu verhindert. Anträge abzulehnen, die man dann annimmt, wenn bloß die Namen der Antragsteller geändert werden, ist zum mindesten nicht loyal und bedeutet eine Desapourierung der konstruktiven Opposition vor den Augen ihrer Wählerkreise und der ganzen öffentlichen Meinung. Es bedeutet das eine Arbeit und redliche Bestrebungen zu mißachten, nach denen immer wieder auf der parlamentarischen Bühne und außerhalb derselben akademische Rufe erschallen.“ Den Zerfall des deutschen parlamentarischen Verbandes glaubt das Blatt als eine Bestätigung seiner Ansicht auffassen zu können. Es schreibt über die Aufgaben, die den tschechischen Parteien daraus erwachsen, in nachstehender Weise: „Nun existiert keine einheitliche deutsche Opposition mehr. Das bedeutet allerdings, daß die Mehrheit ihr Verhältnis zu den einzelnen deutschen Parteien in verschiedenartiger Weise regeln und daß ein Ende gemacht werden muß mit der bloßen Majorisierung alles Deutschen, denn nun hat es die Mehrheit in der Hand, welche Richtung bei den Deutschen größeres Gewicht erlangen wird. Am Anfang liegt stets sehr viel. Aber die heutige Ablehnung aller deutschen Anträge war kein derartiger Anfang.“ — Aber auch das „Bravo Lidu“ bekommt Gewissensbisse über das Vorgehen der tschechischen Majorität, für das die tschechischen Sozialdemokraten mitverantwortlich sind und schreibt: „Wir verschweigen nicht, daß wir des Vorgehens, für das sich bei der Verhandlung des Budgets die Mehrheit der koalitierten Parteien entschlossen hat: das ist alle Anträge der deutschen Parteien niederzustimmen, nicht für richtig halten. Es waren darunter auch gute Anträge, welche angenommen hätten werden können, ohne daß wir das budgetäre Gleichgewicht bedroht hätten, und es waren einige Resolutionen da, deren Annahme kein Fehler gewesen wäre. Unsere Partei hat sich vergebens bemüht, die Koalitionsparteien zu einem friedlicheren Vorgehen gegenüber der Opposition zu veranlassen.“ Selbst wenn dies der Fall sein sollte, was das Hauptblatt der tschechischen Sozialdemokratie da schreibt, ist nun wieder erwiesen, wie schwach die tschechische Sozialdemokratie in der Koalition ist.

weber hebt an: „Früh sieben Uhr beginnt die Fabrikfabrik zu pfeifen. Es sind die Pfeifen meines Brotherrn, der damit andeuten will, mich zu beulen. So werde ich herangepliffen, wie der Herr seinem Hund pfeift. Fünf Minuten später wird das Fabriktor geschlossen, oder der Markenaufzug gesperrt, und ich bin im Zuschußlos drin.“ Und abermals lapidare Äußerungen eines in drei, vier Worte komprimierten Weltweises: „Alles drückt mir.“ „Mir ist alles gleich.“ „Das drin mir Ehr das ich zuwenig verdienen kann und ich will überhaupt kein Patriote sein.“
Dieser letzte, fast komische Satz mag zu dem Radebrechen eines nach anderer Estimation und Gönnerhaftigkeit begierigen Schlesiens hinüberleiten. „Was drückt mir der geringe Lohn. Drückt mich mehr, den wen ich mehr verdiene da kan ich auch ansicht haben bei meinen Arbeitgeber. Den da möchte ich mich auch öfters wo rausgehen ins Restaurant mit meinen Arbeitgeber auch eine Flasche Wein trinken oder eine Flasche Sied, und dabei auch Par Stück Zigaretten Medzho im auch ins Tasche Stecken, da möchte er auch ansicht an mich haben aber So kann ich nicht den vier die Par Pfennige kan ich meine Familie nicht arnehmen.“ Einen anderen Textilarbeiter drückt himwiederum: „Die hinterlistige schlechte Behandlung von Seiten dem Werkführer hier heißt es zuerst Geld spiden und dann Geld verdienen sowie obendrein noch Arbeiten wie in einem Zuschußlos und dann noch nichts verdienen!“ Noch eine kleine Glend Schilderung gefällig? „Ist es eine Freude, wen ich von der Arbeit komme, meine Frau sitzt an der Nähmaschine und näht, der 13jährige Sohn ist ihr dabei behülflich, die 14jährige Tochter näht. Ich besorge das Abendbrot. Nach dem

Schiffcherin über die Türkei.

Lausanne wird eine endgültige Lösung nicht bringen.

Berlin, 30. November. (Wolf.) Der russische Volkskommissar für Neues Schiffschiffen empfang heute abends etwa 80 internationale Pressevertreter und gab ihnen in einer kurzen, in englischer Sprache gehaltenen Erklärung die Ansichten der russischen Regierung über die Frage der Meerengen und ihre Bedeutung für das Schwarze Meer wie folgt wieder: „Volle Souveränität des türkischen Volkes, der türkischen Länder und der türkischen Gewässer, Schließung der Meerengen für alle Kriegsschiffe mit Ausnahme der türkischen, was für die Wahrung des Friedens und der Sicherheit im Schwarzen Meere unbedingt notwendig sei. Das türkische Volk wird auf die Dauer auch nicht erlauben, daß ihm die souveränen Rechte in seinen Gewässern vorenthalten werden, und daß Konstantinopel für alle Angriffe der Seemächte offen bleibe. Kein Abkommen, das nicht Garantien dafür bietet, könne von Dauer sein.“

Rußland nur zur Beratung über die Meerengen zugelassen.

Lausanne, 29. November. (Sch. P. B.) Die russische Delegation erhielt kurz vor Rittersnacht die Antwortnote der Alliierten auf die Note Makovskys. Sie hält daran fest, daß die russische Regierung durch das Telegramm der französischen Regierung vom 14. November an Schiffcherin genau so wie durch die Note, die Herr Schiffcherin im Namen der englischen und französischen Regierung überreicht wurde und aufgefördert wurde, während der Debatte über die Meerengenfrage sowohl an den Verhandlungen als auch den Entscheidungen teilzunehmen, und daß sie infolgedessen in der Lage sein werde, ihre Meinung über die verschiedenen Gesichtspunkte in dieser Frage bekanntzugeben.“ Die französischen, die englischen und die italienischen Delegierten auf der Konferenz von Lausanne

daß es ihr Schicksal ist, von den bürgerlichen Parteien stets überstimmt zu werden. Auf die Rolle, die die tschechischen Sozialdemokraten in der Koalition spielen, brauchen sie nicht stolz zu sein und diese Rolle wird den tschechischen Arbeitern auch nicht sehr imponieren. Darüber wird übrigens noch zu sprechen sein.

Die alteit „aufrechten“ Deutschnationalen.

Zur Sprengung des Deutschen parlamentarischen Verbandes.

Der parlamentarische Klub der Deutschen Nationalpartei versendet eine ausführliche Mitteilung über die Beratungen des Klubs, die dessen Aus tritt aus dem Deutschen parlamentarischen Verband vorausgingen, und worin der Austritt der Partei aus dem Verbande zu begründen versucht wird. Es heißt darin, daß die Verhältnisse im Verband bereits in der letzten Sitzung des Vorstandes am 8. November vom Abg. Dr. Lodgman aus Anlaß der bekannten Interpellation über die Bluttat in Jreudenenthal zur Sprache gebracht wurde, da diese Interpellation bekanntlich von den drei Parteien des Verbandes ohne Hinzuziehung der Kampfgemeinschaft eingebracht worden sei. Sein Vorschlag, den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen und anstelle des Verbandes eine ständige Ombudmanufaktur der fünf Verbandsparteien zu setzen, sei in dieser Sitzung erörtert worden.
„In der Klub Sitzung vom 28. und 29. November — so heißt es in der Mitteilung weiter

Abendbrot wieder ans nähen. Ich bereite für nächsten Tag das Mittagbrot vor.“ Am qualvollsten aber der ewig wiederkehrende Schmerzensschrei: „Den Kindern nichts bieten zu können! Keine bessere Erziehung... Das Herz möchte zerpringen bei diesem Gedanken.“

Wer kann sich da über Ausbrüche der Verbitterung wundern? Ein Ungerer meint: „Viele Reiche kommen mir vor, wie eine Schaar roter Buben, die einen Frosch ins Wespennest gejagt, und sich an seinen Qualen weiden.“ Auf die Frage: „Welche Arbeit möchten Sie am liebsten verrichten?“ antwortete der blinde Hohn eines Verblissenen, er möchte „Paktor spielen, denn der hat morgens bloß eine halbe Stunde Arbeitszeit.“ Ein anderer Bergmann wünscht: „Ich möchte gerne Polnische Agitator werden aber ich kan nicht gutschreiben.“ Gar die Fragen: „Was würden Sie tun, wenn Sie täglich genügend Zeit für sich hätten? Was würden Sie sich für Dinge anschaffen, wenn Sie das nötige Geld hätten?“ führten zu den wunderbarsten, rührendsten Logitiräumen. Zwanzig Materialisten gaben darauf natürlich die Auskunft, sie möchten sich am liebsten vier Frauen anschaffen. Ein weniger anspruchsvolles Gemüt träumt: „Wenn ich genügend Zeit hätte, würde ich mit meinem Mädchen spazieren gehen und mir bessere Kost anschaffen... nicht wie es jetzt ist daß wenn man von der Schicht kommt bloß trodne Bratkarloffeln bekommt.“ Behaglicher wünscht sich ein Kohlenknecht: „Wenn ich von der Schicht kome da wer ich mir fett esse und dann etwas in den Wald spazieren ein schnitt Bier sich austrinken und dann ins Bett sich austreten daß ich wieder auf die andre Schicht munter werde.“

Jeder Versuch der Einmischung in die türkischen Angelegenheiten würde von der türkischen nationalen Bewegung weggejagt werden. Lausanne wird eine endgültige Lösung nicht bringen. Wie auch immer die Entscheidung dort fallen möge, die nationale türkische Bewegung kann nicht aufgehoben werden. Das russische Programm sei genau daselbe, was auch die Mächte in Lausanne beschließen mögen. Dann sprach Schiffcherin über die morgen beginnende Abrüstungskonferenz in Moskau und gab eine Erklärung zu dem russischen Vorschlag, der darauf hinausläuft, zwischen den Nachbarstaaten Konventionen zu schaffen, in denen Grenzstruppen nur in einer von den Nachbarn gemeinschaftlich festgesetzten Stärke bleiben dürfen, worüber eine gemeinsame Kommission wachen soll. Das System sei bereits in Ausführung zwischen Rußland und Finnland und es sei zu hoffen, daß es auch zwischen den anderen Nationen eingerichtet wird.

find der Ansicht, daß diese Einladung zu keinerlei Mißverständnissen Anlaß gibt und nicht im Sinne der russischen Note vom 27. November interpretiert werden kann. Die russischen Delegierten werden infolgedessen eingeladen, an den Verhandlungen während der Debatte über die Meerengenfrage teilzunehmen, die am Freitag, 11 Uhr vormittags, beginnen sollen.

Lausanne, 30. November. (Schw. Dep. Ag.) Die Sitzung der Kommission für territoriale und militärische Fragen von Freitag vormittags, in der die Frage der Meerengen auf der Tagesordnung stand, ist auf Ersuchen der russischen Delegation auf Montag verschoben worden. Diese Delegation, die an der Erörterung teilzunehmen will, ist noch nicht vollständig und wird die Ankunft Schiffcherins und seiner Mitarbeiter für Samstag oder Sonntag erwartet. Inzwischen setzen die übrigen Kommissionen ihre Arbeiten fort.

— wurde dieser Vorschlag erwogen, wobei insbesondere die Rede des Senators Zulger in Saaz zur Sprache kam, in welcher er ausführte:

„Wir haben eine Verhandlung mit den Tschechen wiederholt und aufrichtig geführt und es ist bedauerlich, ja fast entsetzlich für uns, daß wir uns dabei immer wieder einen Korb holen mußten. Wir wollen auch nochmals den Genossengang zu den Tschechen machen und uns insbesondere an unsere tschechischen Berufsgenossen wenden, an die tschechische Bauernschaft und an die tschechischen Gewerbetreibenden, wir wollen versuchen, durch eine vernünftige Aussprache, die nicht den Haß verschärfen soll, jene für uns zu gewinnen, die gegenwärtig die Macht haben, die Zustände zu ändern. Es ist meine letzte Hoffnung, bei den Berufsgenossen der anderen Nation Verständnis zu finden.“

Aus diesen Ausführungen geht hervor, daß sich Zulger eine Besserung der Verhältnisse von einer Annäherung der deutschen und tschechischen Klassenossen verspricht. Er hat sich damit auf dem Standpunkt der Sozialdemokratie gestellt, welche ebenfalls die internationale Klassenolidarität über die Volkzugehörigkeit stellt, während die Deutsche Nationalpartei den entgegen gesetzten Standpunkt einnimmt. Die Anschauungen Zulgers fügen sich folgerichtig den Bestrebungen einzelner Parlamentarier an, welche den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht bereits zurückgestellt haben, um auf dem Boden des tschechischen Staates von dem Entgegenkommen der tschechischen Parteien eine Sicherung des nationalen und wirtschaftlichen Bestandes des Sudetendeutschums zu erlangen.

Die Deutsche Nationalpartei befreit die Richtigkeit einer solchen Politik, sie erblickt in ihr das freiwillige Aufgeben unserer Rechte als Volk, welche nach Ansicht der D. N. P. von den Tschechen niemals anerkannt werden können, weil ein solches Entgegenkommen dem nationalen tschechischen Charakter dieses Staates widerspricht. Die Nationalpartei hält daher das Liebeswerben um die tschechische Gunst nicht nur, wie Zulger, für „beschämend“ und „fast entsetzlich“, sondern glaubt, daß dieses Umwerben der tschechischen Parteien auch zu keinem praktisch hauschlaggebenden Erfolg führen wird. Sie verwirft ausdrücklich derartige Bemühungen und stellt fest, daß sie nach wie vor die Erfüllungspolitik ablehnt, die gerade in der jetzigen Zeit im Deutschen Reiche in Begriffe steht, zusammenzubringen.

Selbstverständlich wurde diese Rede Zulgers lediglich als eines der zahlreichen Zeichen angeführt, welche die innere Spaltung des Verbandes verzeilen und ebenso als Tatsache gewertet werden müssen, wie die gegenteiligen Äußerungen und Maßnahmen der Richtung Lodgman-Zung.“

Der Ministermord in Griechenland.

Die letzten Nachrichten aus Griechenland lassen keinen Zweifel daran aufkommen, daß die Minister des verjagten Königs Konstantin tatsächlich hingerichtet worden sind, unter ihnen Staatsmänner von einst europäischem Gewicht wie Sunaris und Theotokis. Die Hinrichtung ist ein Mord in unterhüllten Formen, daß und Nachsicht und nicht etwa die gerechte Empörung des Volkes sind ihm zu Haupten gestanden. Denn das jetzt herrschende Ministerium Gonasos und die Militärkamarilla, die dikatorisch hinter ihm steht, sind nie und nimmer leidenschaftliche Gegner des Krieges gewesen, für dessen Verlust jetzt Sunaris und die Seinen haben bluten müssen. Vielmehr haben all die

jetzt mächtigen Offiziere jede chaubinstische Parole, die Griechenland seit seinem Eintritt in den Welt- und nachher in den türkischen Krieg durchtönte, begeistert mitgebrüllt, sie waren bereit, Ruhm und Ehre einzusteden, wenn es geglückt wäre, Angora niederzugewingen, und sie haben die verunglückte letzte Regierung auf dem Altare geschlachtet, auf dem jetzt die Rauchwolken ihres eigenen Ruhmes zum Himmel emporsteigen sollen. Geführt aber hat ihren Geist, gelenkt die Hände der Soldaten, die das Urteil vollstrecken sollen, Griechenlands böser Dämon Venizelos. Er hat das vom Ballan- und Weitrieg erschöpfte Land gegen Angora gehetzt, seine Politik wurde von Konstantin fortgesetzt, und wenn jetzt über sein Betreiben Sunaris fiel, so geschah es als Rache dafür, daß Venizelos vor dem zurückkehrenden Konstantin hat aus dem Lande weichen müssen.

Die Phrase vom „Recht der Revolution“, auf das sich die Ministermörder berufen, ist in diesem Munde empörende Profanation. Gonasos und Venizelos Revolutionäre? Ja, wenn blutigster Terror und Revolution, wenn bleicher Rückschritt und Revolution ein und dasselbe sind, sonst nicht. Und die gleiche Profanation steht in dem Versuch, den Mord mit dem Mantel des Rechtes zu drapieren. Das Kriegsgericht hatte nichts was es als Hochverrat hätte ausdeuten können. Mit nichtsfolgenden Worten setzte es sich über die Tatsache hinweg, daß es Menschen wegen Taten zum Tode verurteilte, bei denen es selbst früher begeistert mitgeholfen hatte.

Und die dritte in der Reihe der Komödien ist die „Empörung Englands“. Die britischen Nachhaber haben Griechenland in den Krieg gehert, sie das Transverspiel eingeleitet, das jetzt mit einem Verbrechen zu Ende geht. Wo es zu spät ist, die Hände in Unschuld zu waschen, mag beliebt sein, wirkt aber widerlich, und namentlich dann, wenn man im eigenen „hochzivilisierten“ Lande, freilich in maßvolleren Formen, dieselben Methoden anwendet. War etwa die Erschießung Cafements, sind jetzt die Prozesse und Hinrichtungen in Irland weniger ein politischer Mord? Der eine tuts plump, der andere manierlich, im Werk aber kommt aufs gleiche heraus. Und die Wurzel all dieser Niedertracht ist die Anbetung der Gewalt, die seit dem Beginn des Weltkrieges immer mehr Anhänger gefunden hat, ist die durch achtjährige Verrohung zur vollen Enthüllung gelangte Bestialität, in welcher kapitalistische und imperialistische Gier die Menschheit gefangen halten. Wenn sich der Bürger schauernd von der Tat von Athen abwendet — wir wissen, daß sie eine Giftblüte ist, voll extrahieren auf dem Boden der kapitalistischen Weltordnung.

Telegramme.

Italien und Südlawien.
Mailand, 30. November. Einer Meldung des „Popolo d'Italia“ zufolge wird das Parlament für den 15. Dezember oder 15. Jänner einberufen werden, um die Wahlreform zu beraten und das Abkommen von Sania Margherita sowie die Durchführung des Vertrages von Rapallo zu genehmigen. Mussolini ist eingeschlossen, binnen kurzem alle mit Jugoslawien abgeschlossenen, die Adriafragen betreffenden Verträge zu veröffentlichen. Er wird diese Verträge sofort nach ihrer Genehmigung durch das Parlament vollinhaltlich, auch wenn sie die nationalen Aspirationen nicht erfüllen würden, durchzuführen. Die Fiumaner und die dalmatinischen Faschisten sehen dem keinen Widerstand entgegen, da Mussolini sie von der Notwendigkeit der Respektierung unterfertigter Verträge überzeugt hat, mögen sie wie immer beschaffen sein. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß es im Hinblick auf die neue Situation auf dem Balkan zu neuen Verhandlungen mit den Jugoslawen kommt. Hierdurch könnte eine erhebliche Besserung für Fiume und Zara erreicht werden.

Ein sensationeller ägyptologischer Fund.

London, 30. November. (N.) Lord Carnarvon und der berühmte Forscher Howard Carter haben wahrscheinlich den sensationellsten ägyptologischen Fund des gegenwärtigen Jahrhunderts gemacht. In der Gegend des alten Theben, wo die Arbeiten bereits 16 Jahre systematisch fortgeführt werden, hat Carter unter der Grabstätte Ramses VI. ein anderes über 3000 Jahre altes Königsgrab entdeckt. Der Verfallzustand der „Times“ in Kairo sagt, daß sich bei der Öffnung des Grabes den Anwesenden ein herrliches Schauspiel darbot. Es wurden mit Eisenbein und Edelsteinen ausgelegte Ruhestätten, unzählige ebenfalls ausgelegte und mit Jagdzenen bemalte Truhen, ein Thron von bewundernswürdiger Arbeit, mit Edelsteinen, Bildern und Königskronen geschmückt, vorgefunden. Weiters fand man verschiedene Schmel, Vasen aus Alabaster, eine Menge zusammengebundener Enten- und Hochwildschlegel, welche nach damaligem alten Brauch dem großen Verstorbenen als Proviant ins Grab mitgegeben wurden. Hinter dem ersten Gemach wurde ein zweites entdeckt, in welchem ebenfalls goldene Ruhestätten, Truhen und Alabastervasen entdeckt wurden. Hinter diesem Gemach ist ein weiteres. Die volle Bestimmung dieser Entdeckung ist noch nicht bekannt. Papyrusrollen, welche in einer der Truhen gefunden wurden, werden vielleicht nähere Aufklärungen geben. Es scheint sich um die Grabstätte des Königs Tutantamon aus der 18. Dynastie zu handeln, welcher in Telesamora und Theben vom Jahre 1358 bis 1350 v. Chr. regierte.

Tages-Neuigkeiten.

Die Geistigen und der Arbeitermann. Den Geistigen geht es nicht gut. Ihr sozialer Zustand hat sich gegenüber der Vorkriegszeit verschlechtert. Trotz dieser sozialen Misere, an der ja nicht der Handarbeiter, sondern nur das Talent der Geistigen schuld ist, ihre wirtschaftlichen Kämpfe mit den Mitteln des Handarbeiters, denen der Organisation nämlich, zu führen... trotz dieser Misere hat die Annäherung von Hand- zu Kopfarbeitern keinen Fortschritt gemacht. Zum Teil liegt das an dem dummen Sichtragenproletariatertum der Kopfarbeiter, dem die Annäherung unerwünscht ist, zum Teil an dem Arbeiter. Der Arbeiter misstraut dem Geistigen. Auch dem fortschrittlichen. Die Geistigen müssen sich darüber klar werden, daß der Arbeiter ein Recht dazu hat. Es gibt soviel Geistige, die zuweilen wüßiger und formvollenderer das gefaselt haben, was er von seinen Führern in der Versammlung hörte. Aber wenn es dann hart auf hart ging, dann hielt der Führer sich und der Geistige versagte. Und dann fühlt der Arbeiter auch dies: Das Geistige müßte bestimmt sein, die Erde besser zu machen, die großen, ewigen Ideen der Menschenliebe und Friedfertigkeit zu propagieren. Viele Geistige haben propagiert und propagieren. Die Geistigen als Kategorie tun dies aber keineswegs. Und wo sie es im allgemeinen tun, versagen sie im besonderen. Es gibt soviel falsche Leute, die nie ein Wesen von ihrem Weltgefühl gemacht, es vielleicht sogar niemals in Worte gefaßt haben, aber trotzdem auch in den Monaten der wildsten Kriegshysterie besonnen blieben. Selbst ein so großer Dichter wie Gerhart Hauptmann aber ist zuweilen schwach geworden. Selbst der Dichter der „Weber“ und des „Fannele“ hat im Kriege böse und geschmacklose Verse geschrieben. Der Sozialistenmarsch ist nicht so gut gelungen wie Lisseners Hahnenkampf gegen England. Wenn die Geistigen wollen, daß der Arbeiter sie lieben lernt, so mögen sie einsehen, daß der Sozialistenmarsch trotzdem die bessere Dichtung ist.

Die Einigkeit der Überlebenden. Schmerzbeugt nicht das Bürgertum am frischgeschaffenen Stabe seiner Einigkeit. Der parlamentarische Verband ist vorgestern unsanft im Herrn eingeschlagen. Aber was von ihm übriggeblieben ist, das lebt freier und herzlicher als je zuvor. Die Vertreter der drei Verbände, Krepel, Böhr und Raska haben zwar einmütig ihr „tiefstes Bedauern“ über den Ausgang ihrer ultranationalen Gefährten ausgesprochen, aber diese Einmütigkeit ändert sie durchaus nicht, untereinander fröhlich zu rausen. Der Kampfswille liegt eben dem deutschen Bürgertum im Blut und da sich beispielsweise Deutschdemokraten und Agrarier nicht nachsagen lassen, daß sie schwächere Kämpfer wären, als die deutschnationalen Berufshelden, so kämpfen sie nicht nur gegen diese, sondern auch untereinander. Just an dem Tage, da man lesen konnte, wie innig der Schmerz den Raska mit dem Krepel zusammenschweißte hatte, fiel dessen Organ, die „Deutsche Landpost“ wütend über die deutschdemokratische „Bohemia“ her. Die sei ein „Zwitter“, vertrete in verschleierter Form „ausschließlich jüdisch-böhmische Interessen“. Wegen des Judenpunktes schimpft die „Landpost“ auf die „Bohemia“, also Krepel auf Raska, und verlangt „ihre Scheidung“. Demnach sind also die Überlebenden des parlamentarischen Verbandes mit der jetzt erfolgten Sprengung nicht zufrieden und halten noch festere Scheidung für notwendig. Uns kanns recht sein.

Der Prager Studentenstreik und das Teplicher Bürgerium. Die Teplicher deutschsprachigen Parteien — deutsche Nationalpartei, Christlich-soziale, Deutschgelbe — hatten für den 29. November in die Lindenhof-Säle eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung „Die Wahrheit über den Studentenstreik“ einberufen. Als Redner waren Parlamentarier der genannten Parteien und ein arischer Student angekündigt. Die Abgeordneten glänzten durch Abwesenheit — sie hatten damit zu tun, den deutschen parlamentarischen Verband aufzulösen. Als Redner fungierte deshalb lediglich der Teplicher Student Erwin Hein, der über die ganze Angelegenheit nichts Neues zu sagen wußte. Er richtete besonders heftige Angriffe gegen die Prager deutsche Presse, die ohne Unterschied, den Streik nicht billigte, wie z. B. gegen die „Bohemia“. Auch ein Teil der Provinzpresse belam seinen Teil ab. Nach Annahme einer Resolution kam es zu stürmischen Szenen, als in der Versammlung erwähnt wurde, daß auch der „Teplich-Schönaner Anzeiger“ den Studentenstreik verurteilt und befürwortende Artikel abgelehnt hat. Der Versammlung bemächtigte sich eine wahre Pogromstimmung gegen den „Anzeiger“; schließlich wurde aus der Mitte der Versammlung der Antrag gestellt, einen Demonstrationzug vor dessen Redaktion zu veranstalten und den Rücktritt des Redakteurs Gerson zu fordern, der den Artikel gegen den Studentenstreik verfaßt hatte. Obgleich sich der Vorsitzende, Herr Stadtverordneter Köhler, sehr bemühte, den Antrag niederzuschlagen, mißte er doch zur Abstimmung gebracht werden. Er wurde mit großer Mehrheit angenommen. Hierauf bekamen aber die moderaten Spieler Angst vor der eigenen Wut. Einer sagte, daß es doch „unwürdig“ sei, zu demonstrieren und stellte den Antrag, von der Demonstration abzusehen und nur darauf zu beharren, daß Gerson entlassen werde. Auch dieser Antrag wurde angenommen! Befriedigt von der „großen“ Tat gingen dann die braven Bürger nach Hause.

Kommissionen; „habt acht!“, „hats schaut!“ Dr. G r u n g e r, der Rektor der Wiener Exportakademie, ist zurückgetreten, daher in dem Vorgehen der Görerkraft, die Angelegenheiten der

Exportakademie dem Rektor der Universität zur Entscheidung vorzulegen, ein Mißtrauen gegen sich erklärte. — Vor dem Wiener Universitätsgebäude veranstalteten die deutschnationalen Studenten am Mittwoch eine Demonstration vor dem Rektor. Die Führer der einzelnen Jüge kommandierten „Habt acht!“ und „hats schaut!“, die Studenten machten die „Kopfvendung“ und hielten ihre Stöcke wie Säbel in der Hand. Ohne Störung war das Soldatenspiel der Hochschüler in einigen Minuten zu Ende.

Von der deutschen Universität. Da die Ruhe auf allen Fakultäten der deutschen Universität eingeleitet ist, wurde mit dem gestrigen Tage die Verfügung getroffen, daß die Legitimierung der, die deutschen Universitätsgebäude betretenden Studierenden außer Kraft gesetzt wird. Dievon wurden die Dekanate verständigt.

Das Niveau des Saager Wolf. Durch Zufall ist uns eine der letzten Nummern der Saager „Deutschen Abendzeitung“ in die Hände geraten, jenes Blattes, das man mit Rücksicht auf seine Schreibeise und seinen Chefredakteur, nur von außen und mit Handschuhen anzugreifen mag. Wir überwandern uns in diesem einen Falle und sonderten unter anderen netten Beweisen für die gestern von uns geschilderten Qualitäten des Ludwig Wolf-Blattes auch einen Aufsatz über das Ende des Eumuchentums. Darin heißt es über die nunmehr „arbeitslosen“ Eumuchen unter anderem: „Was sollen die armen Leute tun? Wird man sie bei der Aufstellung der Statistiken für Arbeitslose berücksichtigen? Eigentlich sind wir alle nicht klug. Wäre es nicht viel gescheiter, die braven Eumuchen unter Verschweigung ihres wahren Berufes unseren Frauen als Flirt vorzustellen? Wir könnten dann ruhig am Abend ausgehen und unsere Frauen ihrem Flirt überlassen, ohne befürchten zu müssen, daß uns in unserer Abwesenheit ein kleines Unglück zustoßt. Jetzt könnte man die Herren Eumuchen vielleicht zu billigen Preisen engagieren.“ — So und so weiter der verprügelte Wolf. Wir hatten jebds Wort der Kritik für überflüssig und gehen uns die Hände waschen.

Ein Journalist, der alles kann, ist, wie der „Gas“ schreibt, der Redakteur der Presseabteilung des Ministerpräsidenten Dr. Alfred F u c h s. Der Genannte gehört der tschechischen nationalsozialistischen Partei an und ist Mitarbeiter des Organs dieser Partei, „Bondslnik“ (Montagsblatt). Außerdem schreibt er auch unter dem Pseudonym „Draf“ in die parteilose „Tribuna“, welche bekanntlich der tschechisch-jüdischen Bewegung nahesteht. Dabei ist er aber auch Mitarbeiter des Organs des Ministers Sramek, der „Lidove Listy“, welche bekanntlich das Hauptblatt der tschechischen liberalen Partei ist und wo er unter dem Titel „Jan Paratus“ Artikel veröffentlicht. Der Mann schreibt also in der Presse der tschechisch-nationalsozialistischen Partei, die bekanntlich am eifrigsten für die Trennung der Kirche vom Staat eintritt genau so wie im Organ der tschechischen liberalen Partei, im Blatt der Juden genau so wie im Blatt des Pailans. — Er dient wohl dem höheren Zwecke der allnationalen Realkation.

Kommunistische Kampfweise. Genosse Josef F r i e d r i c h, Metallarbeitersekretär in Bodenbach ersucht uns um Aufnahme folgender Erklärung: In der Nummer 209 der „Internationalen“ von Dienstag, 28. November finden sich in einer Notiz unter dem Titel „Ein sonderbarer Klassenkämpfer“, die Behauptungen, daß ich im Tschechen Krankenhaus als Patient erster Klasse weilte und daß Genosse Kaufmann aus einer Betriebsversammlung bei Haardt mit dem Auto weggefahren und daß dieses Auto ihm von der Direktion deshalb zur Verfügung gestellt worden sei, damit er in eine Betriebsversammlung fahre, „um den Arbeitern der Firma Haardt die Notwendigkeit eines 30prozentigen Lohnabbaues begründlich zu machen. Ich stelle fest, daß ich nicht in der ersten, sondern in der zweiten Klasse des Krankenhauses lag, und daß die Autofahrt des Genossen Kaufmann, die volle zweieinhalb Jahre zurückliegt, kein Geheimnis war und selbstverständlich in gar keinem Zusammenhang mit einem Lohnabbau stand. Was nun den Klassenunterschied im Krankenhaus betrifft, so sind sicherlich die Kommunisten nicht die Berufener, darüber abzurteilen, wenn ich mir als Kranker eine Zubehörlaste. Ich gehöre eben zu jenen Menschen, die, wenn sie krank sind, alles anwenden, um wieder gesund zu werden. Jedenfalls hätten die Kommunisten am allerwenigsten Ursache, sich darüber aufzuhalten, da es ja eine bekannte Tatsache ist, daß die Vertreter der russischen Proletariat, wenn sie in anderen Ländern weilen, in ihrer Liebe zur Leppigkeit und Bequemlichkeit keine Grenzen kennen. Der Kommunist G ä r t n e r, der jetzt die ganze Tschechosl. walei bereist, hat es selbst zugegeben, daß bei Sekt und Champagner die Verhandlungen mit den kapitalistischen Vertretern vor sich gehen. Mein Bestreben während meiner Krankheit ging nur dahin, so rasch als möglich wieder in den Dienst der Allgemeinheit treten zu können.

Der Kampf der Berliner Schauspieler. Seit Samstag stehen die Berliner Schauspieler in einem schweren Existenzkampf. Die Schaufmacher im Bühnenverein versuchen, den darstellenden Künstlern ihren Existenzkampf mit allen Mitteln zu erschweren. Was die Industrie- und Handelsunternehmer noch nie gewagt haben, das bringen die Berliner Bühnenunternehmer fertig: Fünfjähriger Berufsverruß soll das Mittel sein, um die kämpfenden Schauspieler müde zu machen. Der Allgemeine Freie Angestelltenbund (AFA) nimmt in einer besonderen Erklärung zu diesem Schauspielerstreik der Reichshauptstadt Stellung, in der er darauf hinweist, daß es sich nicht in erster Linie um die wirtschaftlichen Forderungen handele, sondern daß Hauptzweck und Ziel der Bühnenherren die Zerschlagung der gu-

ten und starken Organisation der Bühnenangehörigen sei. Demgegenüber wird betont, daß die restlose Solidarität und ausnahmslose Sympathie der gesamten neun Millionen freigeberisch denkender Arbeitnehmer Deutschlands den kämpfenden Schauspielern sicher ist. — Gestern abends wurde uns aus Berlin telephonisch gemeldet: An dem Widerstand der Bühnenleiter ist die Vermittlungsfaktion des früheren preussischen Kultusministers Genossen H a n n i s c h gescheitert. Der Streik nimmt infolge der solidarischen Haltung der Hilfsarbeiter an allen Theatern schärfere Formen an.

Großstadtsumpf und Geschlechtskrankheiten. Das Café Dalles in Berlin, das sich in der letzten Zeit zum Sammelpunkt der Berliner Verbrechertwelt entwickelte, wurde in den letzten Tagen wiederholt von der Kriminalpolizei durchsucht. Dabei wurden 75 Frauen zum Polizeipräsidium geführt, von denen sich zwei Drittel als mit schweren ansteckenden Krankheiten behaftet erwiesen und einem Spital übergeben werden mußten.

Rückkehr zur Sozialdemokratie. Die beiden kommunistischen württembergischen Landtagsabgeordneten F a u s e l und B a l e r sind aus der kommunistischen Partei ausgestiegen und haben sich der vereinigten sozialdemokratischen Partei angeschlossen.

Rückführung russischer Flieger in Beharabien. Nach einer Mitteilung der russischen Telegraphen-Agentur gerieten anfangs Juni zwei russische Flieger nach Beharabien und mußten landen. Sie wurden von Soldaten aufgegriffen und bei den Verhören schwer mißhandelt. Auf Verlangen des ukrainischen Vizekonsulats für auswärtige Angelegenheiten, die Flieger freizulassen, antwortete Minister Duca, daß er in dem Unglücksfalle der Flieger die Tatsache eines Ueberalles auf rumänisches Gebiet erblicke. Die Behauptung schwerer Mißhandlung wies Duca zurück. Die rumänische Regierung sei bereit, die russischen Flieger gegen in Rußland zurückgehaltene Staatsangehörige auszutauschen. Am 19. November sandte die russische und die ukrainische Regierung eine Note an die rumänische Regierung, in der sie fordern, daß die beiden Flieger sofort und ohne Austausch gegen rumänische Staatsangehörige freigelassen werden.

Autounfall bei Brünn. Ein schwerer Unfall eines Postomnibusses ereignete sich Dienstag abends auf der Straße B r ü n n - G r o ß - B i t t e t e s h. Der um fünf Uhr nachmittags von Brünn gegen Gr. B. Witte schahrende Postomnibus, welcher voll besetzt war, (es befanden sich 35 Personen in ihm), kam infolge der vereisten Lastraße, als er von einem Hügel, dem sogenannten Butovec, zwei Kilometer von Schwarzkirchen, herabfuhr, ins Gleiten und den Bemühungen des Wagenführers gelang es nicht, ihn aufzuhalten. Der Wagen fiel zur Seite, wobei der rückwärtige Teil des Omnibusses zerrümmert wurde. Von den 35 Passagieren wurden 29 verletzt, darunter einige schwer. Das Unglück geschah gegen halb acht Uhr abends. Die freiwillige Rettungsgesellschaft in Brünn wurde telephonisch angerufen und entsandte sofort ihre beiden Sanitätskraftwagen zum Unfallorte. Die Fahrt ging unter den schwierigsten Verhältnissen vor sich, da die Straßen für Kraftwagen fast nicht befahrbar waren. Die Wagen fuhren um halb ein Uhr mit jenen Verwundeten, die ins Krankenhaus gebracht werden mußten, nach Brünn zurück. Den übrigen wurden Notverbände angelegt oder sonstige Hilfe geleistet. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt, doch wird es jedenfalls notwendig sein, daß die Verkehrsverwaltung eine Regelung des Omnibusbetriebes auf dieser Strecke vornimmt und dabei die schlechten Wegverhältnisse in Betracht zieht.

Neuregelung des internationalen Eisenbahnverkehrs. Das Eisenbahnministerium publiziert die Ergebnisse der europäischen Eisenbahntonferenz in Luzern über die Fahrordnungen und die Durchgangswagen im internationalen Personenverkehr für das Jahr 1923/24. Die neue Fahrordnung für das Jahr 1923 wird am 1. Juni 1923 mit Gültigkeit bis 31. Mai 1924 eingeführt. Erwähnenswert ist vorerst, daß die Expresszüge Prag-Paris wiederum dreimal wöchentlich verkehren werden, und zwar an denselben Tagen wie hener, in der Zeit von Beginn des Mai bis Ende September 1923. In diesen Zügen werden, wie das im Vorjahre der Fall war, wieder Durchgangsschlafwagen zwischen Karlsbad und Paris verkehren. Mit der Verwaltung der reichsdeutschen Bahnen wurde über eine Verbesserung der Zugverbindungen zwischen der Tschecho-slowakei und Bayern verhandelt. Die Schnellzüge 302/303 Prag-Budapest werden eine neue Schnellzugverbindung von Lundenburg nach Wien und zurück vermitteln; beide Züge werden Durchgangswagen 1., 2. und 3. Klasse zwischen Prag und Wien führen. Zwischen Oesterreich und der Tschecho-slowakei wurde weiter eine neue Schnellzugverbindung über Znam vereinbart, und zwar in den Tagstunden in Verbindung mit dem Schnellzugpaar 406/406 und 105/405 Prag-Groß-Wosfel-Znam. Damit eine bessere und bequemere Verbindung für die Reisenden 2. Klasse an die A r t i a und zurück erzielt wird, wird in den Sommermonaten der Verkehr der durchlaufenden Wagen 2. Klasse beim Schnellzuge 310/309 Prag-Preßburg-Weizsalka-Agram bis nach Buczari und zurück verlängert werden. Es verkehren demnach im Sommer Wagen 1. und 2. Klasse zwischen Karlsbad und Buczari und Wagen 3. Klasse zwischen Prag und Buczari. Im Winter verkehren Durchgangswagen aller drei Klassen zwischen Prag und Agram.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Die Nacharbeit in den Bäckereien.

In den letzten Tagen ging durch die ganze deutschbürgerliche Presse die Nachricht, daß an das Ernährungsministerium in Prag von Seite der Erzeuger von Gebäck der Vorschlag gemacht worden sei, daß die Abgabe von Brot und Semmeln zu einem noch niedrigeren Preise erfolgen könne, wenn — ja wenn die Nacharbeit in den Bäckereien wieder zugelassen wird, daß wenigstens um 2 Uhr in der Nacht mit der Arbeit begonnen werden kann.

Zur Orientierung der breiten Öffentlichkeit muß angeführt werden, daß die Sache so ausfiele, als ob diejenigen Brot- und Semmelerzeuger, von denen diese Vorschläge kommen, nur im Interesse der Konsumenten handeln und somit als Wohltäter der Bevölkerung angesehen werden könnten. Der Gedanke einer weiteren Verbilligung von Brot und Semmeln ist nur zu begrüßen, wenn dahinter nicht der nackte Egoismus und die Ausbeutungssucht auf der anderen Seite stehen würde. Man will die Preise herabsetzen, aber nur dann, wenn die Herrschaften zugestanden wird, bei Nacht wieder arbeiten zu können. Durch das Gesetz vom Dezember 1919 ist die Nacharbeit in den Bäckereien von zehn Uhr abends bis fünf Uhr früh verboten. Auch die Bäckereiarbeiterschaft kämpft schon seit Jahrzehnten um die vollständige Nachtruhe im Bäckergewerbe und auch ein großer Teil von einsichtigen Unternehmern und Meistern verwerfen die Nacharbeit, weil sie unhygienisch und unsozial den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht.

Und sonderbar wirken muß es, wenn die Herabsetzung der Preise davon abhängig gemacht wird, daß die Nacharbeit wieder zugelassen wird, somit die gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben werden. Durch die Nacharbeit wird ja die Regie nicht geringer, daß damit die Verbilligung der Ware begründet werden könnte, im Gegenteil, bei der Nacharbeit sind erhöhte Produktionskosten, wie Licht und anderes, und daraus ist ersichtlich, daß es sich bei dieser Frage den Unternehmern, die dem Ministerium den Vorschlag unterbreitet haben, nur darum handelt, der Arbeiterschaft diese soziale Errungenschaft der Nachtruhe wieder rauben zu wollen.

Wir wollen nun zum besseren Verständnis anführen, wer eigentlich die Leute sind, die darauf ausgehen, die menschenwürdigen Zustände der Nacharbeit der Vorkriegszeit wieder zur Einführung zu bringen.

Es sind dies alte Bekannte, die schon seit Bestehen des Gesetzes gegen das Verbot der Nacharbeit geschürt und dessen Beseitigung gefordert haben. Und zwar sind es die **Obsolektwerke in Prag und die Mühlen und Bäckerei-A. G. in Hollar bei Prag**, also zwei Großbetriebe, die auf die Beseitigung der Nachtruhe drängen. Bei einer Enquete im Mai d. J. im Ministerium für soziale Fürsorge war es der Vertreter der Obsolektwerke, der auch damals schon das Verlangen stellte, es solle den Bäckereien gestattet werden, schon um drei Uhr mit der Arbeit beginnen zu können. Durch die heutige Wirtschaftskrise ermunigt, glauben nun diese Großfirmen, ihre Machtgüte durchsetzen zu können und da sie meinen, daß die Arbeiterschaft aus Angst vor Entlassung dem Vorgehen dieser Unternehmer keinen Widerstand entgegenzusetzen kann. Und so ist es auch erklärlich, daß vor einigen Tagen die **H o s t i - v a k e r M ü h l e n - u n d B ä c k e r e i - A. G.** ihre Arbeiterschaft nach Prag zum Ministerium für soziale Fürsorge senden konnte, die für die Einschränkung des Nachbrotverbotes und den Arbeitsbeginn um zwei Uhr intercedierten. Man sieht, welche Mittel angewendet werden, wenn es gegen die Arbeiterschaft geht. Und in trauriger Gemeinschaft mit den tschechischen Großfirmen gehen nun in den deutschen Gebieten auch ein Teil der Unternehmer und Meister aus dem Bäckerberufe Hand in Hand und natürlich die deutschbürgerlichen Zeitungen jeder Richtung berichten mit breitem Behagen ihren Lesern über das Wohlwollen dieser Unternehmerproben gegen die Konsumenten, wobei es ihnen ja auch ganz Nebensache ist, daß die Arbeiter des Berufes dadurch zu Schaden kommen.

Hoffentlich wird das Ministerium für soziale Fürsorge den Herren die nötige Antwort erteilen und gewiß nicht zulassen, daß man gesetzliche Bestimmungen einfach illusorisch machen will. Das Gesetz über die Nacharbeit in den Bäckereien wird ja heute noch in vielen Fällen einfach ignoriert und es bedarf der größten Anstrengung der organisierten Bäckereiarbeiter, die gesetzliche Nachtruhe in den Betrieben durchsetzen zu können.

Die Arbeiterschaft möge sich durch ein derartiges Manöver nicht beirren lassen und die Bestrebungen der Bäckereiarbeiter nach vollständiger Nachtruhe und Beseitigung der Sonntagsarbeit unterstützen. Die Unternehmer im Bäckerberufe gebrauchen immer das Argument, daß die Arbeiter es sind, die in den frühesten Morgenstunden frisches Gebäck verlangen und daher die Erzeugung vor der gesetzlichen Zeit vorgenommen werden muß. Die Arbeiterschaft möge diese Verhältnisse der Bäckereiarbeiter berücksichtigen und hier Solidarität üben und diese Arbeiterkategorie in ihrem Kampfe um menschenwürdige Zustände unterstützen. Darum weg mit der Nacharbeit in den Bäckereien und vollständige Sonntagsruhe. Das Verbot dieser Nacharbeit muß nach wie vor aufrecht bleiben und die Arbeiter als Konsumenten mögen der gesundheitsgefährdenden Nacharbeit durch vorzeitiges Verlangen von frischem Gebäck in den Geschäften nicht Vorschub leisten!

Die Arbeitslosenunterstützung der Ledigen und der über 60 Jahre alten Personen. Ein Teil derjenigen Arbeiter, die von der staatlichen Arbeitslosenunterstützung überhaupt ausgeschlossen waren, kann nunmehr die Arbeitslosenunterstützung beziehen und zwar die Ledigen und die über 60 Jahre alten Personen. Die Vertreter der Gewerkschaften haben schon wiederholt die Einbeziehung dieser Kategorie von Arbeitern in die Arbeitslosenunterstützung verlangt und das Ministerium für soziale Fürsorge hat nun in einem Rundschreiben an die politischen Bezirksverwaltungen vom 10. Oktober 1922, Zahl 27.900/III E 1922 mitgeteilt, „daß ledige Personen grundsätzlich auch Arbeitslosenunterstützung erhalten können.“ In einem weiteren Erlaß vom 23. Oktober, Zahl 29.000/III E werden die politischen Bezirksverwaltungen angewiesen, „bei der Entscheidung über Ansuchen um Arbeitslosenunterstützung Rücksicht nur auf die Fähigkeit des Gesuchstellers zur Arbeit und keineswegs auf sein physisches Alter zu nehmen.“

Eine Bank der Kleingewerbetreibenden. Wie mehrere tschechische Blätter melden, wird von Kreisen, die der Partei der tschechischen Gewerbetreibenden nahestehen, eine Bank für das Kleingewerbe gegründet werden. Das Aktienkapital beträgt fünf Millionen Kronen.

Ausgleich der Schulden zwischen Österreich und Südbanien. Zwischen den Regierungen Deutschösterreichs und Südbanien ist ein Finanzabkommen geschlossen worden, gemäß welchem die gegenwärtigen Schulden in jugoslawischen und österreichischen Kronen im Verhältnis von 1:20 auszugleichen sind.

Vergarbeitsvertrag auf den Schächten des B. N. V. in Schaplar. Ende September wurde der bestehende Lohnvertrag verweigert und die Arbeitervertreter die Forderungen der Verksinhabung bekannt gegeben. Derselben gipfelte in einem mehr als 40proz. Lohnabbau, einer Verlängerung der Schichtzeit für Oberarbeiter durch Einschaltung einer einstündigen Pause in die Schichtzeit und Verlängerung der Schichtstunden an Sonntagen um zwei Stunden. Innerhalb der vierwöchentlichen Kündigungszeit wurden bereits in Betriebe Verhandlungen geführt, welche negativ verliefen. Bei den, beim Ministerium für öffentliche Arbeiten am 14. und 15. November geführten Verhandlungen wurden in einigen Punkten Annäherungen erzielt, jedoch waren in den wichtigsten Punkten u. zw. der Freisetzung der Säuerleistung und des Durchschnittslohnes derselben, weiters des Anteiles der Förderer und Schrämer am Häuergebäude, die Angelegenheiten der Verksvertreter so gering, daß die Arbeitervertreter dieselben nicht zu akzeptieren vermochten, ohne die Verkschaft bestraft zu haben. In der am 28. November mittels Stimmzetteln geheim durchgeführten Abstimmung entschieden sich von 1503 abgegebenen Stimmen, 1157 für die Ablehnung des Unternehmerdiktates, somit für den Streik, 314 Stimmen waren für die Annahme und 32 waren unglücklich. Auf Grund dieses Ergebnisses trat die Verkschaft (ca. 1600 Mann) am 29. November um 6 Uhr früh in den Streik. Man kann die Stimmung der Arbeiterschaft verstehen, wenn man erwägt, daß seit Heber der Lohn bereits um 8 Proz. gesenkt wurde und mit dem jetzigen, von der Verksleitung versuchten Lohnabbau, eine Verabreichung des Verdienstes um 50 Proz. gegeben wäre. Dieses Einkommen verringerte sich noch durch Einlegen von ein bis zwei Feierlichkeiten per Woche.

Devisenkurs.

Die tschechische Krone notiert in:

München	100	16.90
Berlin	100	24.38
Wien	100	099.00

Züricher Schlußkur.

Paris	006.50	27.00.00
London	009.75	26.40.00
Brege	16.00	092.50
Holland	212.50	080.00
New York	536.50	003.00
London	24.25	000.00

Prager Kurse.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1248.00	125.00
100 Mark	045.00	045.00
100 schweiz. Frank.	586.50	589.00
10 Lire	150.00	151.50
100 franz. Frank.	217.25	218.75
1 Pfund Sterling	141.95	143.48
1 Dollar	31.40.00	31.80.00
100 belg. Frank.	201.25	202.75
100 Dinar	40.75	41.25
100 österr. Kronen	0.004275	0.004775
100 poln. Mark	01.500	021.00
100 ungar. Kronen	129.00	138.00

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Berlin, 30. November (Eigenbericht). Das preußische Abgeordnetenhaus hatte sich mit Anträgen der Deutschnationalen zu befassen, die gegen das Vorgehen des Ministers Seewering gegen die Selbstschutzorganisationen Beschwerde führten. Angeblich gehe man gegen die kommunistischen Organisationen viel milder vor. Die Kommunisten behauptet das gerade Gegenteil. Genosse Seewering erklärte, daß er Selbstschutzverbände von keiner Seite dulde. Bedenken erregte die Mitteilung, daß die Ankaufsläden zurückgegangen sind. Der Minister erklärte, man müsse energisch dagegen ankämpfen, daß Deutschland russische Zustände bekomme.

Gerichtssaal.

Justizopfer des Prager Generalstreiks.

Prag, 30. November. Wie unseren Lesern noch erinnerlich sein dürfte, streikten im Mai d. J. die Metallarbeiter Mittelböhmens wegen Lohnforderungen. In der furchtbaren, wirtschaftlichen Krise der damaligen Zeit wollte das Proletariat von Groß-Prag den Metallarbeitern durch einen Generalstreik ihre Solidarität ausdrücken. Dieser Generalstreik fand am 19. Mai statt. Sämtliche Betriebe und Werkstätten der Hauptstadt standen an diesem Tage still. Nur in den Banken, Versicherungsanstalten und großen Geschäftshäusern konnten die Unternehmer, gestützt auf Erklärungen der „gelben“ Gewerkschaften, in diesen Betrieben der Beamtenschaft androhen, daß derjenige, der sich am Streik beteiligt, ohne Erbarmen hinausfliegen wird. Auch in dem Palais der Versicherungsgesellschaft „Assicurazione Generali“ am Wenzelsplatz in Prag wurde an diesem Tage gearbeitet. In diesem Palais befindet sich auch die Schwesterfirma obiger Firma, die „Moldavia Generali“. Vor dem Palais der Versicherungsgesellschaften blieben etwa 800 Demonstranten stehen, die Einlaß in das gesperrte Gebäude verlangten, um die Beamtenschaft zu bewegen, gleichfalls in den Sympathiestreik zu treten. Da aber das Tor verschlossen blieb, ging ein Teil der Demonstranten zu dem in der Dietrichsgasse befindlichen Seiteneingang, wo es etwa 50 Personen gelang, in das Gebäude hineinzukommen. Die Demonstranten begaben sich in das erste Stockwerk des Hauses, wo ihnen der Direktor der „Moldavia“, Krivan, entgegentrat. Unter den Demonstranten, die in das Gebäude hineingekommen waren, befand sich der Obmannstellvertreter des Zentralverbandes der Angestellten in Handel, Industrie und Verkehr Genosse Siegfried Köhler. Dieser ersuchte den Direktor Krivan, er möge der Beamtenschaft, die in ihrer Mehrzahl mitstreiken wollte, gestatten, nach Hause zu gehen. Direktor Krivan ließ sich den Vertreter der „gelben“ Gewerkschaft Zmrzka holen, der jedoch erklärte, daß der von ihm vertretenen Teil der Beamtenschaft arbeiten wolle. Aus der Menge der Demonstranten sollen nun Ausrufe wie „Was, schämen Sie sich!“, „Denke wird nicht gearbeitet!“, „Gelbe Organisation!“ gefallen sein. Genosse Köhler versuchte dann weiter zu intervenieren, da die Beamtenschaft offensichtlich ihre Sympathie mit den Streikenden betonte. Während dieser Auseinandersetzungen erklärte Direktor Krivan dem Genossen Köhler: „Wer von den Beamten Angst hat, kann nach Hause gehen. Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, daß ich nichts geschieht.“ Inzwischen erschienen im Hause die von Krivan herbeigeholten Polizisten, welche die Demonstranten ersuchten, das Haus zu verlassen. Genosse Köhler soll hierbei ausgerufen haben: „Wenn hier weiter gearbeitet wird, so werde ich die Gasse hinausholen!“ und weiter „Ich gehe jetzt zur „Generali“ und werde erklären, daß für alle Schäden, welche die Gasse anrichtet, die „Moldavia“ verantwortlich ist!“ Genosse Köhler wurde von der Polizei sichergestellt und gegen ihn die Anklage erhoben.

Soweit die Anklageschrift, der wir die Darstellung der Begebenheiten im Gebäude der „Moldavia“ entnehmen. Vor dem Untersuchungsrichter führte Genosse Köhler bei seiner Einvernahme eine ganze Reihe von Zeugen an, gegen die die Staatsanwaltschaft gleichfalls die Anklage wegen öffentlicher Gewalttätigkeit und gefährlicher Drohung erhob. Die Anklageschrift geht nämlich von der Annahme aus, daß Genosse Köhler und die übrigen Angeklagten — sieben Privatbeamte aus Prag — mit Gewalt in das Gebäude eingebracht seien und durch Drohungen den Direktor sowie die andere Beamtenschaft einzuschüchtern versuchten, um den Streik auch hier zu ermöglichen. Bezeichnenderweise spricht die Anklageschrift von „irgendeinem Generalstreik“ (Nejaká generální stávkou), als ob die Staatsanwaltschaft nicht wüßte, daß es sich am 19. Mai um eine spontane Ausdehnung der gesamten Prager Arbeiterschaft gehandelt hat. Weiter wurde von dem Untersuchungsrichter bezeugter Wert darauf gelegt, zu konstatieren, daß die Angeklagten durchweg deutsche Nationalität sind. Konnte man sich also von der Art und Weise, in der die Untersuchung geführt wurde, nichts Gutes für den Ausgang des Prozesses versprechen, so war die heutige Verhandlung selbst ein Symptom dafür, in welcher Weise in diesem Staatsprozeß gegen die Arbeiterschaft geführt werden. Bei der heutigen Verhandlung hat Genosse Köhler die Erklärung abgegeben, daß er mit der Absicht in das Gebäude der „Moldavia“ hineingegangen sei, um den Ausbruch von Gewalttätigkeiten der unten harrenden erbitterten Menge dadurch zu verhindern, daß er den Direktor bewege, der Beamtenschaft an diesem Tage freizugehen. Mit dem Angriff der Gasse hätte er niemals gedroht, er habe vielmehr immer wieder darauf hingewiesen, daß man die Erregung der Menge durch nutzlose Provokationen nicht steigern solle. Die anderen Angeklagten hätten mit seiner Intervention nichts zu tun gehabt und er habe auch nicht als Abgesandter der harrenden Menge gehandelt, sondern als Obmannstellvertreter des Verbandes der Angestellten in Handel, Industrie und Verkehr. Die anderen Angeklagten verteidigten sich damit, daß sie wider ihren Willen in das Gebäude hineingedrängt worden seien und daß sie sich keinerlei Gewalttätigkeiten zuschulden kommen ließen.

Als Zeugen waren eine ganze Reihe von Personen vorgeladen, von denen besonders die Aussagen des Direktors Krivan und der beiden Pförtner des Gebäudes maßgebend waren. Direktor Krivan mußte zugeben, daß keiner der Leute mit Stöcken bewaffnet war und daß Genosse Köhler nicht alle Ausdrücke in dem Sinne gebraucht hat, wie es ihm von der Anklageschrift zur Last gelegt wird. Bezeichnend für die Denkart dieses Direktors waren jedoch seine Ausführungen, als ihn der Vorsitzende fragte, welchen Eindruck das Hinausdrängen der Demonstranten auf ihn gemacht habe. Direktor Krivan sagte da unter ande-

rem, daß die Beamtenschaft jedenfalls nicht zu streiken brauche, wenn es Rauchfangkehrern oder Dachdeckern einfallen sollte, wegen irgendeiner Sache in den Streik zu treten. Die Ordnung in der Republik sei das oberste Gebot. Der Direktor der „Generali“, Kottlik, beharrte auch vor Gericht darauf, daß Genosse Köhler gesagt haben soll: „Wenn Sie nicht freiwillig aufhören, zu arbeiten, werden wir Ihnen alles auseinanderbauen.“ Vor charakteristischer Unterwürfigkeit triefen die Aussagen des „gelben“ Gewerkschaftsführers Zmrzka, der ausdrücklich betonte, daß die von ihm vertretene Beamtenschaft damals nicht gestreikt hätte.

Nach vierstündiger Verhandlung wurde endlich das Verfahren geschlossen. Die Verteidiger der Angeklagten Dr. Langer und Dr. Bloch wiesen in ihren Plaidoyers besonders darauf hin, daß die Intervention im Hause der „Moldavia“ nicht etwas Strafbares gewesen sei, da für eine Strafbarkeit die rechtliche Grundlage fehle, da die Intervenierenden von niemandem hinausgeschickt worden seien. Nach längerer Beratung wurde das Urteil gefällt: Genosse Köhler wurde zu vier Monaten, die übrigen Angeklagten teils zu drei, teils zu zwei Monaten schweren Kerker verurteilt. Es wurde ihnen jedoch die Bedingtheit der Strafe auf drei Jahre zugesprochen. Der Staatsanwalt legte, da die Angeklagten von der Anklage wegen gefährlicher Drohung freigesprochen wurden, dagegen, weiter wegen des geringen Strafmaßes und wegen der Bedingtheit der Verurteilung ein. Die Verteidiger Dr. Langer und Dr. Bloch legten gleichfalls Berufung wegen der Verurteilung und die Nichtigkeitsbeschwerde ein.

Kleine Chronik.

Sturm im Adriatischen Meere. Aus Rom wird gemeldet: Im Adriatischen Meere wütete ein heftiger Sturm. Ein großes Ziegelboot ging unter; hiebei sind 17 Fischer ertrunken.

Eine ganze Familie ermordet. In Saarbrücken wurde eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern im Alter von 1 und 3 Jahren ermordet aufgefunden. Als Täter kommt ein etwa 25 Jahre alter Verwandter in Frage, den die Familie vor drei Tagen bei sich aufgenommen hatte. Er ist flüchtig.

Verführung irischer Aufständischer. „Daily Chronicle“ meldet aus Dublin, daß dort eine Verführung aufgedeckt wurde, die von irischen Aufständischen angezettelt wurde und die Entführung von 80 Mitgliedern des Tail Circaun zum Ziele hatte.

Goldfunde in Kanada. Aus Ottawa wird gemeldet, daß im Flusse South Nahanni, einem Nebenflusse des Stromes Mackenzie, Lager von goldhaltigem Quarz entdeckt wurden. Goldsucher, die schon etwa 100 Fundstellen im Stromgebiete des Flusses Mackenzie gemeldet haben, stromen dem neuen Eldorado zu, hauptsächlich aus der Ansiedlung Fort Simpson. Der Fluß Mackenzie im nordwestlichen Kanada mündet nahe der Ostgrenze Alaskas ins Nordliche Eismeer. Fort Simpson liegt am 61. Grade nördlicher Breite an der Einmündung des Flusses Liard in den Strom Mackenzie.

Theater und Kunst.

„Der Freischütz“, von Carl Maria Weber. Neues Deutsches Theater, 29. November 1922. Immer wieder müssen wir in ehrlicher Kritik darauf hinweisen, wie reformbedürftig unsere „Freischütz“-Aufführung in szenischer und musikalischer Hinsicht ist. Webers romantische Muster- und Meisteroper, dieses vielleicht vollständigste aller Opernwerke, wäre es wohl wert, einer künstlerischen Erneuerung unterzogen zu werden. Denn den „Freischütz“ ist in möglichst sorgfältiger Ausführung darzubieten, ist nicht nur Pflicht jeder deutschen Opernbühne dem Werke gegenüber, sondern mehr noch ein dem deutschen Volk schuldiger Tribut. Unsere letzte „Freischütz“-Aufführung stand im Zeichen von Engagement-Gastspielen. Fräulein Maria Duffa hat als Agathe den guten Eindruck ihrer ersten Leistung als „Jüdin“ noch verstärkt; in ihr gewinnt unser Theater nicht nur eine vielseitige und mit allen nötigen gefanglichen und schauspielerischen Fähigkeiten ausgestattete Sängerin, sondern auch, was weit mehr zählt, eine echte, in ihrer Kunst aufstrebende Künstlerin. Herr Grebe hätte den Kaspar singen sollen, begnüge sich aber mit der kleineren Partie des Eremiten, wahrscheinlich in der Selbstkenntnis, daß nur das seriöse Bocksch sein wichtiges Betätigungsfeld ist. Der Versuch Herrn Ludwigs in der Rolle des Kaspar glückte nicht ganz; die schöne und große Stimme allein tut's eben nicht. Fräulein Duffa als Knecht hat die Erwartungen nicht erfüllt, die man nach ihrem letzten Auftreten hegen durfte; vor allem klang die Stimme diesmal nicht zum Erkennen spröde und hart, beinahe genau so wie die einer andern künftigen Gattin vom Montag. Musikalischer Leiter des Abends war diesmal Herr Rieckel, der bemüht war, einen frischeren Zug in die Oper zu bringen.

Die große Worte gebrauchende Anfündigung der Wiederaufführung von Sibertz' „Al-Rom verulkenber Operette“ hat nicht zu viel gesagt, eher noch zu wenig. Das Wert, das von der üblichen Schimuhart nicht wesentlich abwich, auch nicht in dem stellenweise Kostümen mit opernhafem Gehabe, war kaum wiederzuerkennen und hat in der samtlägigen Besetzung ganz anders eingeschlagen als bei der Erstaufführung im Herbst. Allerdings waren zwei Berliner Operettengrößen ersten Ranges und unsere „Operetten-Primadonna“, Herr Kling, am Werk; wenn es da keinen tragenden Erfolg gegeben hätte, könnte der Direktor zusper-

* Aus Raummangel in den beiden letzten Nummern bringen wir diesen Bericht leider verspätet.

ren. Besonders auf die Darstellerin der leichten Florante, auf die hier noch unbekannte Zoubrette Emmy Sturm vom Berliner Theater des Westens, war man begierig; denn ihr ging ein nicht alltäglicher Ruf voraus. Sie hat das Kunststück zuwege gebracht, die hochgespannten Erwartungen noch weit zu überreifen. Die pikante jugendliche Erscheinung fesselte sofort: der persönliche Reiz, der von diesem fast jugendhaften Gesicht, und dem beweglichen Körper ausging, das temperamentvolle Spiel und der zum Maß nicht gezwungene Gesang ließen sie nicht nur die Herzen der Zuhörer gewinnen, sondern auch die ihrer Kollegen zu besonderem Tempo erregen. Herr Kling, der seinerzeit in Berlin die Partie des Agrou bei der Uraufführung sang, ist für den Heiden des Werkes geschaffen wie kein anderer: seine blendende Erscheinung und Stimmmittel; sein überaus sympathisches Auftreten und der schwingvolle Vortrag machen ihn zum Herzenbrecher kal exochen. Der Dritte im Bunde der Starnummern war Herr Herr Ziffa, dessen übermächtiger Leibumfang die verblüffende Körperkultur und Geistesbeweglichkeit nicht ahnen ließ, mit der er die Lachmuskeln in Tätigkeit hält. Auch die Mitglieder unseres Ensembles, die Damen Billosch und Longauer und die Herren Schönberger und Berger trugen wesentlich zum großen Erfolg des Abends bei. Dr. F. K.

Eise Paster-Schüler am Vortragstisch. In dunklem Samtrock, mit weichen Schiffertragen, das kurze lockigwache Haar nach Männerart geschneit, besitzt die Dichterin reichen Schrittes das Podium, ein Bild über den Tisch, und nun wird es sich ergeben in Glut und Leidenschaft und die Menschen mitreißend in höhenerklimmendem Flug. Doch das Geplänkel irrt ein. Was dem Hörer zuerst zum Bewußtsein kommt, sind nicht Worte, geschweige denn Sätze, sondern die bestrebliche Solistarde und die ungenügende Vortragweise. Der einstönig singende Ton, den sich die Dichterin zurechtgelegt hat, will so gar nicht zu ihrer Erscheinung, zu ihrem Gedanken- und Gefühlsweltanschauung passen. Das Publikum ist perplex und schweigt. Kleine Lyriken ziehen vorbei, bestrahlte Balladen, biblische Stücke. Man findet sich allmählich darin, den Vortragstisch nicht zu beachten und sich ganz auf die Gedankenschönheit einzustellen. Das Publikum schweigt, aber es ist auf dem Weg, der zum Tor des Dichtergartens führt. Da begeht die Vortragende den Fehler, die feimende Stimmung zu zerreißen und greift zur Prosa. Essays über Karl Kraus, Franz Werfel u. a. rückt sie auf, nicht dichterisch-subjektive Empfinden, sondern propagandistisch-verbundene Poesien. Man ist aus der Stimmung gerissen, kaum daß sich einige Hände regen. Hätte sie sich doch die Mühe nicht verdriegen lassen, ihre Lyrik weicher zu lesen! Für den zweiten Teil des Abends wählte sie die Novelle der „Wunderabbiner von Barcelona“. Prag wird allgemein als guter Boden für Romantik gepriesen, steht zur Zeit sogar im Ruf vollkommener mystisch-theosophischer Verweichtheit. Trotzdem hat sich die von der Vortragenden erwartete Wirkung beim „Wunderabbiner“ nicht eingestellt. Der Grund dafür liegt wohl, abgesehen von der ermüdenden Vortragweise, in einer Ueberfüllung des Publikums, die nicht nur begrifflich, sondern sogar erschreckend erscheint. Wenn Eise Paster wiederkommt, möge sie als Lyrikerin kommen und wenn möglich einen der Dichterin ebenbürtigen Meister des Vortrages mitbringen. Dr. F. K.

Vortrag Wilhelm Bölsche. (Urania, 29. Nov.)

Das war einmal ein wahrhaft vollstimmlich-wissenschaftlicher Vortrag, wie man sich ihn öfter wünschen möchte. Ein Problem der Naturwissenschaft, die Anpassung der Tiere an ihre Umgebung und der Spezialfall des Mimikry, wurde in planmäßig angelegtem Aufbau vorgeführt, die Darwinsche Lösung dieses Problems und die Argumente ihrer Gegner an den Tatsachen überprüft, die in einer Reihe von prächtigen Lichtbildern der überaus zahlreich erschienenen Hörerschaft gezeigt wurden. Von Trockenheit und Gefahrlichkeit keine Spur, das Ganze aber doch in der ersten Absicht, einen Einblick in die Wunder der Natur zu gewähren, vorgebracht. Und wie fesselnd vorgebracht! Da gab es eine lustige Erklärung von Gemütsgearten des Hydrospinnen und des mottigen Faultiers, wir staunten über die Tarnkappe des Blattspannerlings, wir hörten vom Schuppentier der Krebse, der Geschichte der Neolvetkröte, von dem Mimikry der Vogelspinne und von den listigen Nübereikern der Fangheuschrecke. Trotz allen Mangeln, welche der Auffassung Darwins anhaften, der die Anpassung der Tiere an ihre Umgebung, z. B. in der Farbe, durch die Auslese im Kampfe ums Dasein erklären will, scheint diese Hypothese doch noch immer den Vorzug vor den moderneren zu verdienen. Nicht zum mindesten hat die bildhafte und dabei doch klare Sprache Bölsches das Interesse der Hörer über zwei Stunden lang in stetiger Spannung erhalten. Der starke Beifall war nur der Ausdruck des Interesses. Wie tummeln stand doch dieser Abend über dem geistreichelnden Geschwätz eines Kemmerich (über Spuk- und Gespensterglauben), der in neuerer Zeit von einer gewissen Presse mit Vorliebe als der beste populärwissenschaftliche Vortragende Deutschlands gerühmt zu werden pflegt. Bölsche hört man mit dem gleichen Vergnügen und Gewinn, mit dem man mit seine Schriften liest. —r.

Neues Theater. Heute Erstaufführung von Max Brods „Clarissas halbes Herz“ mit Blanche Dergan; Samstag Gastspiel Otto Trachler in „Eisenbahn“; Sonntag Ritter Blaubart.

Kleine Bühne. Samstag und Sonntag „Clarissas halbes Herz“; Sonntag nachm. „Wauwau“.

Gastspiel Albert Bassermann. Albert Bassermann beginnt Dienstag sein Gastspiel in der Komödie „Der große Bariton“ von Dietrichstein und Gattner und spielt Mittwoch in dem Sudermann-Schauspiel „Stein unter Steinen“; Donnerstag wird „Der große Bariton“ wiederholt und Freitag verabschiedet sich Bassermann als Othello in William Shakespeares gleichnamigen Trauerspiel. Der Vorverkauf beginnt heute.

Literatur.

Die internationale Arbeitsorganisation und ihr Werk von D. Fehlinger, Leipzig 1922, Dietrichs Verlagbuchhandlung. Das vorliegende Büchlein, das nur etwa 30 Seiten zählt, ist das Muster einer knappen und instruktiven Darstellung. Zunächst wird im einleitenden Kapitel an ein paar Beispielen die Notwendigkeit des internationalen Arbeiterschutzes entwickelt und sodann die geschichtliche Darstellung der Versuche internationale Arbeiterschutzbestimmungen zu schaffen, gegeben. Hierauf wird eine Uebersicht über die Tätigkeit des internationalen Arbeitsamtes gegeben und die Beschlüsse der internationalen Arbeiterschuttkonferenz von 1919, 1920 und 1921 wiedergegeben. Ueber das internationale Arbeitsamt herrschen die verschiedensten Auffassungen und es ist notwendig, sich über dessen Tätigkeit und Einrichtungen zu informieren. Dieser Aufgabe kommt das besprochene Büchlein in mustergheltiger Weise nach, weswegen es jedem Gewerkschafter und Sozialpolitiker wärmstens empfohlen sei. E. St.

Kommunale Betriebswirtschaft. Zu den Tarifkämpfen, die gegenwärtig die Gemeinden als Arbeitgeber und als Unternehmer verbender Betriebe führen, kommt sehr gelegen das, Fragen der kommunalen Betriebswirtschaft als Sondernummer gewidmete Novemberheft der „Kommunalen Praxis“. Professor Dr. Hugo Lindemann untersucht als Kommunalwissenschaftler und Sachmann die Stellung der gewerblichen Betriebe im Rahmen der Stadtverwaltung. Es ist eine Mahnung, die nicht wirkungslos verhallen darf, wenn er z. B. schreibt: „Zugegeben, daß der Profit bei den öffentlichen Betrieben eine andere Bedeutung hat als für den einzelnen Unternehmer, dessen Existenz davon abhängt, daß sein Betrieb Ertrag abwirft, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Profite der städtischen Betriebe eine große, in den letzten Jahren immer wachsende Bedeutung für die Finanzverwaltung und die Höhe der Steuern haben, und daß von dieser allerdings auch für die leitenden Personen des Gemeinwesens sehr viel, ja ihre ganze Stellung abhängen kann.“ Der Berliner Stadtmedizinalrat Dr. Rabnow zeigt in einer sehr sorgfältigen, mit überraschenden Zahlen ausgerichteten Arbeit, welche eine gewaltige volkswirtschaftliche Bedeutung den städtischen Krankenanstalten in einer Großstadt zusteht. Berlin hat täglich 10 Millionen Mark Verpflegungskosten für die Inassen seiner Krankenhäuser aufzubringen. — Der Geschäftsführer des Verbandes so-

zialer Handbetriebe, A. Winger, gibt neueste Zahlen und Berichte über die Entwicklung der sozialen Handbetriebe, die für diese eine erfreuliche Perspektive eröffnen.

Der Film.

Kinovorstellung des Volkbildungsvereines „Urania“. Am Bio Alma gelangte am Dienstag der Film „Präsident Barraba“ mit Michael Bohnen und Leopoldine Konstantin in den Hauptrollen zur Aufführung. Es ist ein amerikanischer Abenteuerroman, der die Intrigenpolitik eines Kleinstaatcs in lebhaften Bildern zur Darstellung bringt. Michael Bohnen spielt den Barraba, einen einfachen Menschen, der durch ehrliche Arbeit Präsident wird, den üblichen Verleumdungen seiner Feinde endlich zum Opfer fällt und, unschuldig angeklagt, erschossen wird. Bohnen konnte sich in seiner ganzen imposanten Erscheinung zeigen und es bildet gewiß eine Plataneride des Films, diesen weltberühmten Sängers als Cowboy glänzend reiten, von Baum zu Baum springen und mit besonderer Meisterschaft schwimmen und tauchen zu sehen. Leopoldine Konstantin gibt in ihrer charakteristischen Weise eine Eingeborene, die von Barraba verlassen wird, ihn aber in seiner Not trotzdem nicht verläßt und für ihn stirbt. R. A.

Bereinsnachrichten.

Verein der „Naturfreunde“. Sonntag, den 3. Dezember, ganztägiger Ausflug ins Löbenthal. Beteiligung aller. Abfahrt 7.50 Denstbahnhof. Führung: Rolf Gregora. 3. Dezember bei schlechtem Wetter: vormittags anatomisches Institut und Aquarium. Treffpunkt um 9 Uhr beim Museum. — Samstag, den 9. Dezember: Nikolaifeier im Café „Nizza“, nur für Mitglieder, Angehörige und Genossen.

Die konstituierende Versammlung der Industrie- und Gewerkschaften des Zentralverbandes der Handels- und Industrieangestellten, Sitz Prag, findet am 1. Dezember um 7 Uhr abends im großen Saale des Volkshauses Prag II, Hibernergasse 7, statt. Die Angestellten der Metall-, Chemischen, Papier-, Leder- und Genußmittelindustrie erscheinen vollständig. Einberufer: Zentralverband der Handels- und Industrieangestellten, Sitz Prag, Bund der Industrieangestellten. 1239

Turnen und Sport.

Kreisverbandstag des V. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes.

Sonntag, den 26. November, fand in Weiskirch der Verbandstag des stärksten Kreises unseres Arbeiter-Turn- und Sportverbandes statt. Aus den Berichten ist zu entnehmen, daß der Kreis infolge der wirtschaftlichen Krise wohl einen Abgang von Mitgliedern zu verzeichnen hat, doch ist die Organisationsform eine stabilere geworden. Am letzten Verbandstag 1921 zählte der Kreis 147 Vereine mit 17.000 Mitgliedern, heute 185 Vereine mit nahezu 16.000 Mitgliedern. Die Fußballbewegung umfaßt 64 Abteilungen. Die Wassersportler sind heuer ebenfalls in einer aktiveren Form vor die Öffentlichkeit getreten. Auch das Turnspielwesen verzeichnet einen gewaltigen Schritt nach vorwärts und es sind alle Anzeichen vorhanden, daß im kommenden Jahr unsere Spielbewegung auf eine der Turnbewegung entsprechende Höhe gebracht wird. Die kommende Zeit hat eine Menge Kurse vorgesehen, die den Anforderungen unserer modernen Bewegung dienen sollen. Vorturner, Funktionäre, Sportler und Spieler sollen in richtiger Weise in diesen Kursen herangebildet werden. Ebenso wird das Samariterwesen auf eine breitere Grundlage gestellt. Von großer Wichtigkeit wird die energische Handhabung des Erziehungs- und Bildungswesens sein, welches die Verbindung zwischen körperlicher und geistiger Kräftigung auf proletarischer Grundlage bezweckt. Die finanzielle Fundierung des Kreises ist ebenfalls eine gute. Seit drei Jahren wirkt ein festangestellter Turnlehrer im Kreise und seine Tätigkeit ist von großem Nutzen gewesen. Auch ein monatlich erscheinendes Mitteilungsblatt, welches die organisatorischen Fragen behandelt, wird vom Kreis herausgegeben. Leider reichen aber die Beiträge beidem nicht zu. Die Subventionsansuchen unserer Vereine bleiben von der Regierung unbeachtet; auch der Kreis ist auf nächste Jahr verdrängt worden. Auch lastet die unheimlich hohe Luxussteuer schwer auf den Budgets unserer Vereine. Nichtsdestoweniger zeigte die anschließende Debatte, daß überall das Bestreben vorhanden ist, die freie Turnsache zum Gemeingut aller zu machen. Als Sitz wurde wiederum Weiskirch bestimmt. Da die alten Kreisstatuten noch aus der Zeit der Monarchie stammen und verschiedene Satzungsstücke nicht mehr zeitgemäß sind, mußte zu einer Aenderung des Statuts geschritten werden. Die hierauf vorgenommenen Neuwahl ergab folgendes Er-

gebnis: Obmann Josef Hellmich, Stellvertreter Alois Ullmann, Kassier Eduard Erlacher, Stellvert. Hugo Jakob, Schriftführer Josef Hanke, Stellvert. Stefanie Vesjcek, Turnwart Karl Stempel und Wenzel Hudecek, Turnlehrer Josef Höhnel, Sanitätsleiter Anton Jäger, ferner fünf Genossen in die Kontrolle. Ein Antrag auf Reenumerierung der Bezirke, sowie ein Antrag zur Geschäftsordnung (Gen. Freischnur) wurde abgelehnt. Angenommen wurden die Anträge des 7. Bezirkes, welcher eine Neuordnung bei Kreisumfassen beinhalten, ferner „daß jeder Verein drei ausgebildete Sanitäter besitzen muß“. Am 14. Jänner 1923 findet ein Kreiswintersporttag statt. Die zogenmächtige Handlungsweise des Turnvereines Steinschönau (4. Kreis), einen neuen Bezirk zu gründen, wird mißbilligt, da dies nur nach gründlicher Aussprache der hierfür in Betracht kommenden Bezirke- und Vereinsleitungen geschehen kann. Nach Erledigung kleinerer Angelegenheiten findet der Verbandstag mit dem Turnermarsch und Turnerguß sein Ende.

In wenigen Stunden haben sich einfache Arbeiter neue Richtlinien für die Zukunft geschaffen, Arbeiter, deren freie Zeit knapp bemessen ist, die aber von der Wichtigkeit ihrer Bestrebungen, die dem Wohle aller Schaffenden dienen, durchdrungen sind. Hoffen wir, daß ihre Bemühungen endlich bald einmal auch bei jenen erkannt werden, die heute noch im bürgerlichen Lager stehen. Aber auch jene Arbeiter, die mit uns fühlen und denken, sollen mithelfen, damit unsere Arbeiterturnbewegung wirklich zum Jung- und Gesundheitsbrunnen, zum Kräfte- und Lebensfreude spendenden Element wird. Und noch etwas ist dabei zu berücksichtigen. Hinter uns steht die Jugend, die einst das Erbe der Alten übernehmen soll. Damit das Erbe wirklich in würdige Hände gelangt, muß alles aufgeboren werden, diese Hände zu kräftigen und zu stählen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

UDr. Paul Glaz, Advokat in Leitmeritz zeigt an, daß er seine Advokatenkanzlei in Leitmeritz, Lange gasse 43, eröffnet hat und daß er dieselbe in Gemeinschaft mit der Kanzlei der Advokaten **UDr. Berthold Knöpfmacher** und **UDr. Oswald Koehler** führen wird. 1240

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Toilette-

Kaffee-, Mandel- und Glycerin-Seifen mit der „Blene“ sind die besten und beliebtesten Seifen. Zu beziehen durch die **G. C. C. Prag**. Zur Weihnachtszeit empfehlen wir: Figuren und Dekorationen aus feinsten Seife, Weihnachtskerzen zu billigen Preisen. Rechtzeitig bestellen.

Wo verkehren wir?

Café Continental, 1008, Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, 1008, Prag-Nezavanta.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smekch 22 (Urania). 1009

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich 12 PRAG II., Hyberská Nr. 7.

Teplitz-Schönau. **CAFÉ EUROPE** Bahnhofstraße.

Bio-Programm vom 1. bis 7. Dezember.

Lido-Bio GERHARDT HAUPTMANNS „Hanneles Himmelfahrt.“ Tragödie eines Waisenkindes in 5 Akten. Nächstes Programm! **OSSI OSSWALDA!**

Fabrik mediz. Verbandstoffe **Ludwig Fischer** Teplitz-Schönau. Inh. J. Schlosser empfiehlt sich den p. t. Krankenkassen, Zentral-Bruderladen und derg. zur Lieferung sämtlicher **Verbandstoffe** und **Waffen, Gummiwaren, Bandagen** sowie **Krankenslege-Artikel** aller Art zu **konkurrenzlosen Preisen.** 428

Gegen die modernen Guben schreibt Heinrich Mann in seinen Romanen Der Untertan, Professor Unrat, Die Frauen, Jeder Band gebunden 32 Kronen. Zu beziehen durch die **Buchhandlung Freiheit** Teplitz-Schönau, Xbersteingasse 18.

Lebensversicherungsgesellschaft „Phoenix“ in Wien schließt vorteilhaft alle Arten von **Lebensversicherungen** insbesondere Versicherungen ohne ärztliche Untersuchung bis zu K 10.000 mit sofortiger — auch für den Kriegsfall — uneingeschränkter Gütigkeit ab. Vertreter werden zu günstigen Bedingungen angestellt. Anfragen Angebote u. dgl. sind zu richten an das Filialbüro für Groß-Prag. 5.5 Prag II., Václavská nm. 47.

WARENHAUS PRAG II., HYBERSKÁ UL. 7. hat Stoffe, Manufakturwaren, Wäsche, Gummimäntel, Kravatten, Schuhe und alle sonstigen einschlägigen Artikel **in unersichtl. billigen Preisen!** 1005

! Außer Kartell ! Aktienkapital K 4.000.000.— Die slawische Versicherungs-Anstalt Akt. Ges in Prag, Wenzelsplatz 62 versichert billigst 1000 I auf Leben u. Russteuer, gegen Schäden entstanden durch Feuer, Einbruch und Hagel, durch Unfall u. Haftpflicht u. Transport-Schäden. Ehe Sie anderwärts eine Versicherung abschließen, verlangen Sie kostenlos Prospekt! **Garantiefonds über 20.000.000.—**

Vitello Delikatess **Gepöblt unversetzt** **Vitello** Delikatess **Nur Vitello Teobutter.** **bleicht Teobutter.**

Vertreter für Prag-Stadt: **Rud. Lebenhart** Prag II., Bialupský dvůr 6. Land: **Otto Forges**, Prag-Žitkov, Husova 24a. 1188